



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1914**

145 (27.3.1914) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-164453](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-164453)







von überreicht (was er unseres Erachtens nicht zu tun gedenkt, D. B.), so wird dieser, der Tradition gemäß, die Antikontinentaler aus Aude rufen. Das neue Kabinett könnte natürlich nicht mit dem gegenwärtigen Parlament regieren. Dagegen die Notwendigkeit, Kabinett einzuberufen. Sollten die Aude-isten die Majorität erzielen und aus Aude kommen, würde die Kommissar Will votiert werden und der König würde konstitutioneller Weise dem Gesetz seinen Stempel aufdrücken. Die Situation würde die gleiche sein, wie heute: die Aude ist demnach außerordentlich wichtig, auf parlamentarischen Wege zu lösen.

Was jedoch über allem steht, das ist die Mitwirkung der Person des Königs in den Kabinett.

In London berichtet man, daß der König persönlich intervenierte, um das Kabinett auf dem eingeschlagenen Wege anzubehalten; von da als zur Einberufung der Person des Königs in die Debatte sei nur ein Schritt gewesen, den ein Mitglied der Arbeiterpartei, Mr. Ward, getan. Alles deutet auf einen Kabinett in den parlamentarischen Verhältnissen des Landes hin.

In Frankreich, sagt das französische Organ weiter, mehr als anderswärts, verfährt man mit freundschaftlicher Besorgnis den Ausgang der innern Krise, welche, wenn sie sich verlängert, den materiellen und moralischen Wert Großbritanniens im europäischen Rat verächtlichen mußte.

### Politische Uebersicht.

Mannheim, 27. März.

#### Das Ende des Kampolla-Erbstreites.

Rom, 26. März.

Die Nachforschungen nach dem vermißten letzten Testament des Kardinals Kampolla sind fruchtlos geblieben und nun endlos aufgegeben worden. Gleichzeitig fand gestern in der Amtsnachnahme des verstorbenen Kardinals eine Zusammenkunft der am Nachlaß interessierten Personen und ihrer Rechtsbeistände statt, um eine endgültige Verständigung herbeizuführen. Der Vertreter des päpstlichen Staatssekretariats beantragte Herausgabe aller Briefschaften politischen Charakters, was bewilligt wurde. Darunter sind zahlreiche Berichte des ehemaligen Pariser Kammerlinges Lorenzelli an Kampolla aus der Zeit vor und nach dem Abbruch der Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan. Andere Briefschaften wurden nicht ausgeliefert, weil von Privatpersonen herrührend und von nicht antikontinentaler Bedeutung. Der Bischof von Novara, die Herzogin von Cambrésis, die gemeinsame Gattin des Neffen Kampolla, und andere Personen hatten die Zurückgabe ihrer Briefe beantragt, was gleichfalls gestattet wurde. Diejenigen der Gräfin Portadivino in Mailand, die mehrere hunderttausend Kampollas veröffentlichte, bleiben vorläufig in gerichtlicher Verwahrung. Angehörige der bekannten Gegenseite des Bischofs von Novara gegen die heutige vatikanische Politik und seiner verwandtschaftlichen Beziehungen zu Kampolla findet man die Zustimmung des stellvertretenden zur Rückgabe der Korrespondenz ausfällig. Manche wollen sie mit der Forderung hochgehender weiblicher Personen erklären, die dem frommen Bischof wohlwollen.

Die Herzogin von Campobello, die namens ihrer Kinder, die Großsöhne und Nichten des Kardinals sind, Erbansprüche erhoben hatte, erklärte hierauf, weitere fruchtlose Nachforschungen nach einem anderen Testament anzugehen, worauf die Erbansprüche der Herzogin von Campobello, der Schwägerin des Kardinals

und Testamentenerbin übergeben werden. Der wegen einiger Unterschlagungen verhaftete Kammerdiener Kampolla ist vorläufig freigelassen worden.

### Hamburger Arbeitgeber für die gesetzliche Regelung des Tarifvertrages.

Der Hafenbetriebsverein in Hamburg, ein eingetragener Verein, dem alle nachhafen, am Schiffsverleide dort beschäftigten Unternehmer angehören, hat im Jahre 1912 nach langwierigen Verhandlungen mit sämtlichen im Hafenbetriebe tätigen Arbeiterorganisationen, 18 an der Zahl, Arbeitsverträge abgeschlossen, welche die Löhne, die Arbeitszeiten, Überstunden, Nacht- u. Sonntagsarbeit bis in die kleinste Einzelheit genau regeln. Seit 1. Mai 1913 beträgt die regelmäßige Arbeitszeit im Hamburger Hafen 9 Stunden mit einer zehnjährigen Mittagspause im Sommer, einer 15-jährigen im Winter. Die Löhne sind nach den Tarifen beträchtlich erhöht worden. Der Verwaltungsrat des Vereins Hamburger Heeder für 1912-13 sagt über die Wirkung dieser tarifmäßigen Regelung der Arbeitsverhältnisse: Die bisherigen Ergebnisse haben, abgesehen von unbedeutenden Reibungen, Anlaß zu Klagen nicht gegeben. Der Jahresbericht des Hafenbetriebs-Vereins für 1913 erklärt, von großen Arbeitskämpfen sei der Hafen im Berichtsjahre verschont geblieben. Allerdings hätten einzelne geringfügige Ausstände von des Tarifstreits halber stattgefunden. Nicht ohne Einfluß auf den Verkehr seien aber andere Stricks (in der Elbe-Schiffahrt und auf den Werften) geblieben. Daran heißt der Bericht folgende, sehr beachtenswerte Bemerkung:

Diese Bewegungen lehren immer wieder aufs neue, daß es im Interesse der Arbeitnehmender sowohl wie Arbeitgebers besteht, die verlässliche Verantwortlichkeit der Arbeiterverbände gesetzlich zu regeln. Gegenüber der Macht der Koalitionen — so erklärte vor kurzem der Reichstagskanzler — welche sie ausüben durch die Zahl ihrer Mitglieder und ihre Vermögen, muß als Gegengewicht ihre Haftung einrichten für den Schaden, den sie durch Bewandlung anderer zufügen. Die zivilrechtliche Haftung der Berufsvereine von Arbeitgebern und von Arbeitnehmern ist aber auch die Voraussetzung zur Regelung des Rechts der Tarifverträge. Leider jedoch befinden sich diese zurzeit wichtigsten Probleme bei der Reichsregierung noch immer im Zustande des Studiums und der Materialiensammlung und sind trotz ausgiebiger Erörterung noch nicht weiter gerückt als bis zum Verprechen, über diese Fragen Denkproben herauszugeben, so daß wahrscheinlich noch Jahre vergehen werden, bis gesetzliche Grundlagen zur wirksamen Einbringung des sozialen Kampfes geschaffen sind.

Es ist bedauerlich für die Wirkung der Tarifverträge, daß eine so harte und wichtige Arbeitsgewerkschaft wie der Hafenbetriebs-Verein in Pommerania Lipp u. Har, unter Missbilligung des Jürgens der Reichsregierung öffentlich für die gesetzliche Regelung des Tarifvertrages als des zurzeit wichtigsten sozialpolitischen Problems eintritt, um die Grundlagen zur wirksamen Einbringung des sozialen Kampfes zu schaffen.

### Deutsches Reich.

Ueber die Schant- und Kimo-Rebelle fand gestern im Reichstag zu Berlin eine Konferenz von Sachverständigen statt. An der Hand eines Referats des Herrn Generalsekretärs Dr. Kammann wurden die einschlägigen Bestimmungen durchgesehen und erhebliche Bedenken seitens der Sachverständigen geltend gemacht. Die Zeitung des Reichstages wird beantragt, darauf hinzuwirken, daß gegenüber den gewerkschaftlichen Bestimmungen des Gesetzes

einer ihrer großen Kunst würdigen Rolle. Die im Theater in der Hofstadt gebliebene Wille: Die Johanna-Wühle von Herrn. Buchbinder bietet ihr immerhin eine dankbare szenische Aufgabe, nämlich die Doppelrolle von Mutter und Tochter, und da wieder kein Mißverhältnis besteht, ihre Charakterisierungsgabe, Gedächtniskraft, Sinnen und Sprache zu betätigen. Das Stück, das sich einphantastisches Possenspiel nennt, ist nach alteren Wiener Mustern mit scharfer Federarbeit gearbeitet und bringt eine Menge überflüssiger, wohlbehalten und sinnlicher Elemente der Reimarbeit wieder auf die Bühne. Dazu hat ein neuer Subrevisor komponiert. Pilsa Perkovik, eine Anzahl interessanter geistlicher Melodien, die durch Ivan Niles glänzende Vertonung in voller Wirkung kommen.

#### Zur Leipziger Intendantenliste

Schreibt unter Korrespondent: Die Eingabe Geheimrat Marterfelds, um Verhinderung zur Lösung seines Kontraktes mit dem Rat der Stadt Leipzig zu unterbreiten, wird in diesen Tagen ihre endgültige Lösung finden. Es ist anzunehmen, daß der Rat um die besten Möglichkeiten bitten wird, lang- und langlos vom Komplatz zurückzutreten, da die Öffentlichkeit, und vor allem die ungeschickten Gesellschaftsreise gegen Marterfeld sind. Ihre Abweisung ist zum Teil bis zum gerichtlichen Bescheid getrieben worden. In die Wistmannung gegen den Intendanten hängt allerdings auch ein gutes Teil Vorurteilen hinein, die ein und der absichtliche Bedachter muß zugeben, daß mit dem Leipziger Intendanten der weitem nicht so leicht umzugehen ist wie man es in

würde eine mögliche Einbeziehung in der Bekämpfung dieses Gesetzes erwünscht seitens der betroffenen Kreise ergibt wird.

Ein Protest des Hotelgewerbes gegen das Berliner Tageblatt. Der „All“, die „autonominische“ Beilage des Berliner Tageblatts, hat sich in der ihm eigentümlichen Weise mit dem von dem organisierten Hotelgewerbe geplanten Hotelbildungsinstitut beschäftigt und dadurch in den beteiligten Kreisen solchen Anstoß erregt, daß die Vorkenschrift des Internationalen Hotelbesitzervereins „Das Hotel“ förmlich, das Hotelgewerbe keine sich eine solche Verhöhnung unzulässig bieten lassen. Der Aufsichtsrat unseres Vereines wird sich deshalb mit dieser erneuten Herausgabe unserer zentralen Bildungsinstitute in seiner nächsten Sitzung beschäftigen. Auch die Mitglieder unseres Vereines werden jedoch gut tun, sich schon heute, ein jeder für sich, die Ange vorzulegen, durch welche geeigneten Maßnahmen dieser „Berufung“ begegnet werden kann.

Graf Obversdorff vor dem Papst. Die „Tagl. Rundschau“ erzählt aus Rom aus völlig sicherer Quelle, daß Graf Obversdorff in nicht ferner Zeit in Rom eintreffen wird, um in seiner Sache im Gewerkschaftsstreite, die durch den Tod des Kardinals Kopp in Verbindung geraten zu sein scheint, neuerdings vor der Kurie persönlich zu wirken.

Ein neuer deutscher Kardinal? Wie der Vertreter des Bischöflichen Telegraphen-Bureaus von vatikanischer Seite erzählt, wird bei dem im April stattfindenden geheimen Konklave der jetzt im 70. Lebensjahre stehende apostolische Nuntius Dr. Frühwirth, der diplomatische Vertreter des Papstes am bayerischen Hof, den Kardinalshut erhalten. Eine Ungewöhnung des Kölner Erzbischofs Dr. v. Diermann soll zunächst nicht in Aussicht genommen sein.

### Badische Politik.

Aus der nationalliberalen Partei.

Mannheim, 26. März. Auf Veranlassung des Nationalliberalen und Jungliberalen Bezirksvereins Weinheim findet am Sonntag, den 29. März, nachmittags 3½ Uhr, im Gasthaus „zur Krone“ in Großschäfen eine Versammlung statt. Redner: Herr Professor Drees.

### Bayerische und pfälzische Politik.

Der Frankenthaler Kanal.

(Von unserem Korrespondenten.)

München, 26. März.

In der heutigen Sitzung der bayerischen Kammer der Abgeordneten wurde beim Etat des Frankenthaler Kanals eine Petition der Stadt Frankenthal, betr. den Ausbau des Kanals und um Einstellung der hierfür erforderlichen Summe von 3,3 Millionen Mark im Budget verhandelt. Der Finanzausgang hatte beschlossen, dem Plenum Hinübergabe der Petition an die Regierung zur Kenntnisnahme zu empfehlen; der Abg. Kopp (lib.) und seine Fraktion hatten beantragt, sie zur Würdigung hinüberzugeben.

Der Antragsteller Kopp führte hierbei zur Begründung aus, der Ausbau des Kanals liege im Interesse des Staates selbst, weil dadurch Bayern einen Anteil an dem großen Industriezentrum bekomme, das sich um die Redarmündung herum gebildet hat; das industrielle Frankenthal sei jetzt ohne Verbindung mit dem Rhein. Es sei eine eingehende Prüfung der Projekte notwendig. Durch die Errichtung der Kalkofabrik Oppau sei für die Industrie die Anregung gegeben, sich bei Frankenthal anzusiedeln.

Abg. Reidel (Soz.) führte aus, es handle sich hier um eine für die Zukunft Frankenthals sehr bedeutsame Frage. Die pfälzischen Verhältnisse würden vollständig missant. Der bayerische Staat hätte schon früher die Pflicht gehabt, den Kanal auszubauen, diese Pflicht aber verjährt; inzwischen sei der Verkehr nach Worms und Bingen abgelehnt worden. Warum wolle man denn für Frankenthal

nichts tun, das 700 000 M. Staatssteuerfall hat? Die Pfälzer müßten sich annehmend damit abfinden, nur als Melkstab betrachtet zu werden. In Bamberg habe man mit 3 Millionen Kosten einen Hafen erbaut, obwohl nur einige tausend Tonnen Umschlagverlehe vorhanden waren; in Frankenthal wäre ein umgleich größerer Verkehr zu erwarten; es käme an dritter Stelle nach Ludwigshafen und Yndau unter den bayerischen Flußhäfen. Nicht vergessen dürfe man, daß Frankenthal durch die Eingemeindung von Edigheim Land für billige Ansiedlung bekomme. Zur Industrieförderung geschehe in Bayern sehr wenig; da werde im Baden ganz anders gearbeitet. Man solle die Pfälzer nicht auch diesmal wieder von Wäldern weggehen lassen mit dem Gefühl, daß sie Stiefkinder des Staates sind.

Abg. Gieshen (lib.) führte aus, der Beschluß des Reichstages habe in Frankenthal große Enttäuschung hervorgerufen. Die Stadt habe wegen der unhaltbaren bisherigen Zustände des Kanals große Opfer gebracht; sie habe sich industriell sehr gut entwickelt und verdiene sehr wohl endlich Berücksichtigung. Der Regierung rief der Redner zu: Kur Mut, es wird schon geben!

Abg. Dr. Wähler (Soz.) bemerkte, wenn behauptet werde, daß die Pfälz nur die Melkstäbe sei, so könne man ganz gut auch das Umgekehrte sagen; die Pfälz haben während der Verstaatlichung mehr Futter als sie überhäufig abliefern. Zwischen Baden und der Pfälz sei ein großer Unterschied; denn Baden sei in seiner ganzen Länge unmittelbar an den Rhein gelagert. Allerdings habe Bayern dadurch einen großen Fehler gemacht, daß es die Hafen von Ludwigshafen zu spät ausbaute und dadurch hinter Mannheim zurückgeblieben ist, was jetzt nicht mehr gut zu machen sei. Die Regierung ersuchte der Redner, das neue Projekt des Bauantrages von Speyer, das 3,5 Millionen Mark kostet, den Interessenten von Frankenthal zur Prüfung zugehen zu lassen. Außerdem sei das Projekt des Ministerialdirektors Reverdu vorhanden, das 1,5 Millionen Mark kosten würde. Reverdu als geborener Frankenthaler werde die Verhältnisse wohl auch kennen. Vielleicht komme die Regierung mit diesem Projekt weiter. Wenn bewiesen sei, daß die Ausgaben für diesen Zweck gerechtfertigt sind, werde das Zentrum ebenfalls zustimmen.

Verkehrsminister v. Seidelin erklärte über die wirtschaftliche Bedeutung des Frankenthaler Hafens seien genaue Erhebungen gepflogen worden. Der nordpfälzische Handel konzentrierte sich in Ludwigshafen; in Frankenthal wäre zunächst nur ein mäßiger Verkehr zu erwarten. Ein Kanal von 100 000 M. jährlich an Eisenbahnfracht würde sicher eintreten. Außerdem sei gegenwärtig in Kaiserswerth, 10 Kilometer oberhalb Ludwigshafen, ein Hafen mit 2½ Millionen Mark in Bau mit 44 Hektar Lagerplätze, wofür sich aber bisher nur eine einzige Firma gemeldet habe. Man müsse die Entwicklung dieses Hafens abwarten, ehe man einen neuen Hafen mit 2½ Millionen Kosten berichte. Der Zeit sei jedenfalls das Frankenthaler Projekt zurückzustellen; im übrigen biete er den Interessenten gern Gelegenheit, das neue Projekt kennen zu lernen. Die vorliegende Petition sei mit Kenntnisnahme genug gewertet.

Eine zufällige Mehrheit der Linken erzielte schließlich die Annahme des Antrages Kopp auf Hinübergabe der Frankenthaler Petition an die Regierung zur Würdigung. Dieses Ergebnis wurde von den pfälzischen Abgeordneten mit lautem Beifall und mit Beifriede aufgenommen.

Der Antragsteller Kopp führte hierbei zur Begründung aus, der Ausbau des Kanals liege im Interesse des Staates selbst, weil dadurch Bayern einen Anteil an dem großen Industriezentrum bekomme, das sich um die Redarmündung herum gebildet hat; das industrielle Frankenthal sei jetzt ohne Verbindung mit dem Rhein. Es sei eine eingehende Prüfung der Projekte notwendig. Durch die Errichtung der Kalkofabrik Oppau sei für die Industrie die Anregung gegeben, sich bei Frankenthal

ansiedeln. Abg. Reidel (Soz.) führte aus, es handle sich hier um eine für die Zukunft Frankenthals sehr bedeutsame Frage. Die pfälzischen Verhältnisse würden vollständig missant. Der bayerische Staat hätte schon früher die Pflicht gehabt, den Kanal auszubauen, diese Pflicht aber verjährt; inzwischen sei der Verkehr nach Worms und Bingen abgelehnt worden. Warum wolle man denn für Frankenthal

nichts tun, das 700 000 M. Staatssteuerfall hat? Die Pfälzer müßten sich annehmend damit abfinden, nur als Melkstab betrachtet zu werden. In Bamberg habe man mit 3 Millionen Kosten einen Hafen erbaut, obwohl nur einige tausend Tonnen Umschlagverlehe vorhanden waren; in Frankenthal wäre ein umgleich größerer Verkehr zu erwarten; es käme an dritter Stelle nach Ludwigshafen und Yndau unter den bayerischen Flußhäfen. Nicht vergessen dürfe man, daß Frankenthal durch die Eingemeindung von Edigheim Land für billige Ansiedlung bekomme. Zur Industrieförderung geschehe in Bayern sehr wenig; da werde im Baden ganz anders gearbeitet. Man solle die Pfälzer nicht auch diesmal wieder von Wäldern weggehen lassen mit dem Gefühl, daß sie Stiefkinder des Staates sind.

Abg. Gieshen (lib.) führte aus, der Beschluß des Reichstages habe in Frankenthal große Enttäuschung hervorgerufen. Die Stadt habe wegen der unhaltbaren bisherigen Zustände des Kanals große Opfer gebracht; sie habe sich industriell sehr gut entwickelt und verdiene sehr wohl endlich Berücksichtigung. Der Regierung rief der Redner zu: Kur Mut, es wird schon geben!

Abg. Dr. Wähler (Soz.) bemerkte, wenn behauptet werde, daß die Pfälz nur die Melkstäbe sei, so könne man ganz gut auch das Umgekehrte sagen; die Pfälz haben während der Verstaatlichung mehr Futter als sie überhäufig abliefern. Zwischen Baden und der Pfälz sei ein großer Unterschied; denn Baden sei in seiner ganzen Länge unmittelbar an den Rhein gelagert. Allerdings habe Bayern dadurch einen großen Fehler gemacht, daß es die Hafen von Ludwigshafen zu spät ausbaute und dadurch hinter Mannheim zurückgeblieben ist, was jetzt nicht mehr gut zu machen sei. Die Regierung ersuchte der Redner, das neue Projekt des Bauantrages von Speyer, das 3,5 Millionen Mark kostet, den Interessenten von Frankenthal zur Prüfung zugehen zu lassen. Außerdem sei das Projekt des Ministerialdirektors Reverdu vorhanden, das 1,5 Millionen Mark kosten würde. Reverdu als geborener Frankenthaler werde die Verhältnisse wohl auch kennen. Vielleicht komme die Regierung mit diesem Projekt weiter. Wenn bewiesen sei, daß die Ausgaben für diesen Zweck gerechtfertigt sind, werde das Zentrum ebenfalls zustimmen.

### Aus Stadt und Land.

Mannheim, 27. März.

#### Ein Bach-Chor für die Christuskirche.

Schon 3½ Jahre ist die evangelische Gemeinde Mannheim im Besitze der herrlichen, monumentalen Christuskirche, für die sie willig so große Opfer brachte — und noch hat diese Kirche keinen eigenen Kirchen-Chor, während alle anderen Pfarrgemeinden schon im Besitze trefflicher

Der Kunsthandwerker Carl Giffert als Soziatör des Deutschen Künstlerbundes.

In der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung des Deutschen Künstlerbundes hat der Kunsthandwerker Carl Giffert, dessen Gattin ebenfalls die Schauspielerin Lilla Durieux ist, die Summe von 100 000 Mark zur Erhöhung der Betriebskapitalien eingeschossen. Unter diesen Umständen wird auch Frau Durieux von der nächsten Saison ab dem Ensemble des Deutschen Künstlerbundes angehören. Allerdings dürfte angelehnt der dreizehnten Kapitalienlage des Herrn Giffert in den Verhältnissen der Societäre eine Berücksichtigung eintreten.

Hans Kiers „Erziehung zur Liebe“ freigegeben. Polizeipräsident von Jagow hat die öffentliche Aufführung von Hans Kiers „Erziehung zur Liebe“ gestattet.

Cornelia Sylva Mitglied der Royal Society of Literature.

Am Mittwoch wurde Königin Elisabeth von Rumänien als Mitglied in die Royal Society of Literature in London aufgenommen. Der rumänische Gesandte war als Stellvertreter der Königin zugegen. Professor Gerathweil hielt eine interessante Vorlesung über die diatrischen Werke der Königin.

Die Autographensammlung Erich Samdils. Erich Samdils kostbare Autographensammlung wird demnächst bei Martin Breslauer dem Berliner Antiquar, zur Versteigerung kommen. Ebenso bringt Breslauer die Sammlung des Vektors Vennary zur Versteigerung, eine der reichhaltigsten Sammlungen moderner Luxuswerke, die überaus gut erhalten

Theater verlangt. Die dankbare Elite wurde von Herrn Kopp sehr wirksam gefördert. Die Komödie wurde mit lebhaftem Beifall angenommen.

In der Weidenaustraße ist auf die fast fünf Monate lange Serie 777 10 ein nicht minder langes Schwanz-Poker mit Alexander G. und Julius D. zu Ende geführt. Der Titel ist nicht wirklich zu nennen, denn es handelt sich nicht um das gewöhnliche wie verbotene Kartenspiel, sondern um das nicht minder beliebte Gesellschaftsspiel des Jungs, bei dem es auch das Glück, auf das Risiko und die Reue ankommt. Die Geschichte hängt in einer faszinierenden unwahrscheinlichen Redaktion an, deren Chef keine unversehrten Redakteure übt. Nur einer hat sich wieder noch nicht ergibt, ein leidenschaftlicher Charakter, der der schönen Frau des Chefs heilig, den Hof macht. Er läßt sich einen Verlobungsentwurf geben, den er aber dazu benutzt, um der schönen Frau nachzugehen. Der Chef läßt unvermerkt auf, und nun beginnt die Suche nach einer Frau, das dem rationalen Charakter unversehrt in die Arme fällt, in Gestalt eines jungen Mädchens, das wieder einer Verlobung zustimmen und sich compromittieren soll. Im dritten Akt ist sie aber in legitimes Wohlgefallen auf, wie es sich für einen lägerlichen Mannes Zusammengehört. Im zweiten und dritten Akt, in denen es von Verlobungen, Vermählungen und Reuekonflikten nur so wirtelt, in der Schwanz-Poker, und eine Fülle von schlagartigen Wägen folgt für beständige Heiterkeit. Der Schwanz erzielte einen außerordentlichen Erfolg.

Hans Kiers erzielte es ähnlich wie dem ihr werksverwandten Giffert: Sie findet selten



Leitungsfähiger Kirchenchor sind. Die Christuskirchengemeinde, die sehr an ihrem Gotteshaus hängt und es eifrig und treu besucht, hat schon längst die Sehnsucht nach einem eigenen Kirchenchor und niemand kann die Bedürfnisfrage in Worte stellen. Nun soll dieser längst von Vielen im Stillen gehegte Wunsch erfüllt werden: es soll als Kirchenchor für die Christuskirche ein Bach-Chor ins Leben treten, der nicht nur der Verschönerung und Belebung der Gottesdienste (besonders an Fest- und Feiertagen) dienen will, sondern sich auch die Aufgabe stellt, bei den allmonatlich stattfindenden populären Orgelkonzerten in der Christuskirche mitzuwirken, und auch sonst gelegentlich der evangelischen Gemeinde und überhaupt allen Fremden edler, fröhlicher Musik Werke größter Stils zugänglich zu machen.

Der wachsende Besuch und die steigende Beliebtheit der Orgelkonzerte, die der an der Orgel der Christuskirche sitzende Meister des Orgelspiels, Herr Arno Landmann, seit längerem veranstaltet, beweist, daß in Mannheim Interesse und Verständnis für Kirchenmusik wohl zu wecken und lebendig zu machen möglich ist. Diefem Zwecke, der indirekt auch viele Hunderte christlichen Gedanken und Strömungen nahebringt, die in wachsenderen Kreisen klassischer Kirchenmusik leben, soll nun der Bach-Chor dienen, der unter Leitung des Herrn Organisten Arno Landmann stehen wird, der dem Namen des unbegreiflichen, einzigartigen Meisters des Orgelspiels, Joh. Sebastian Bach, schon so viel Ehre gemacht hat und seinen großen, klassischen Stil so treu pflegt. Es wäre im Interesse unserer Christuskirchengemeinde sehr zu begrüßen, wenn schon in den großen, zahlreich besuchten Festgottesdiensten zu Charakter und Oestern der Bach-Chor der Gemeinde etwas bieten könnte. Daher wäre es erwünscht, wenn alle die stimmbegabten Damen und Herren, die dem Bach-Chor beizutreten beabsichtigen, schon bis spätestens 1. April beim Kirchenleiter der Christuskirche unter Angabe ihres Namens, ihrer genauen Adresse und der Stimme, die sie singen, ihre Anmeldung zu dem neu zu gründenden Bach-Chor betätigen würden. Da der Chor ein Gemeinde- und Volkchor werden soll, mögen aus allen Ständen und Schichten der Bevölkerung fangeschneidige und musizierende Gemeindeglieder sich finden, damit der Chor stark und leistungsfähig wird, und sich an größere Aufgaben heranwagen kann. Auch wir Gesellige sind zur Entgegennahme von Anmeldungen bereit. Möge unser Appell an die Freunde unserer Kirche, der immer vollkommenen Gestaltung ihrer Gottesdienste und edler, erhebender Kirchenmusik ein lebhaftes Echo finden, und mögen sich recht Viele bereit zeigen, ihr Gaben und Kräfte in den Dienst einer ebenso nützlichen, wie schönen Aufgabe zu stellen.

Mannheim, 28. März 1914.  
Die Geistlichen der Christuskirchengemeinde:

Harrer Dr. Hoff, Werderplatz 16. (Tel. 7286)  
Harrer Klein, Werderplatz 15. (Tel. 5088)

**Militärdienstnachrichten.** Zu Hauptleuten befördert: die Oberleutnants der Reserve: Remrich d. Inf.-Regts. von Löhren Nr. 25 (Mannheim), Seyb d. Gren.-Regts. 110 (Mannheim), Hieronimi d. 1. Interregts. Inf.-Regts. Nr. 132 (Mannheim), Erhard d. Feldart.-Regts. 30 (Seidelberg), die Oberleutnants: Sauerbeck (Mannheim), der Landw.-Inf. 1. Aufg., Clemm, Ender (Mannheim) der Landw.-Feldart. 1. Aufg. Zu Oberleutnants befördert: die Leutnants der Res.: Frey d. Inf.-Regts. 111 (Seidelberg), Freudenberg d. Feldart.-Regts. Großherzog Nr. 14 (Seidelberg). Zu Leutnants der Reserve befördert: die Wajfeldwebel bzw. Wajwachmeister: Bitterich (Mannheim), d. 2. Gren.-Regts. 110, Jadi (Seidelberg) d. Inf.-Regts. Nr. 142. Der Wajfeld bewilligt: den Oberleutnants Graf v. Oberndorf d. Landw.-Inf. 2. Aufg. (Seidelberg), dem Leutnant Schneider d. Land.-Inf. 1. Aufg. (Mannheim). Zum Hauptmann befördert: Oberleutnant der Reserve: Eich d. Gren.-Regts. 110 (Seidelberg).

**Staatsprüfung im Ingenieurbauwesen.** Zum Einberufungsbescheid mit dem Großh. Ministerium der Finanzen sind nachfolgende Ingenieurpraktikanten als in der Staatsprüfung im Ingenieurbauwesen befähigt worden: Hugo

Braun von Karlsruhe, Alfred Bintra von Schagenen, August Dörsem von Friedrichsdorf, Heinrich Hartmann von Schwepingen, Otto Denninger von Gadingen, Robert Jakob von Schopheim, Oskar Köhler von Heidelberg, Eugen Bent von Mannheim, Wilhelm Roth von Karlsruhe, Gustav Schneider von Karlsruhe, Eugen Trejzger von Bruch. Die Ingenieurpraktikanten Bintra, Denninger, Jakob, Roth und Trejzger sind zur Regierungsbeamten ernannt worden, den übrigen Ingenieurpraktikanten wurde die Genehmigung zur Führung des Titels Regierungsbeamter erteilt. Ferner war zur Staatsprüfung zugelassen und hat dieselbe bestanden: Regierungsbauführer Adolf Ungert von Weh.

**Bezirksrat.** Die Tagesordnung der am 23. März abgehaltenen Bezirksratung wurde wie folgt erledigt: Gesuch der Hs. Feldmann u. Schneider in Mannheim um Genehmigung zum Ausschluß von Milch, Mineralwasser, Limonade in der Trinkhalle an der Jungbubbrunn-Freierstraße (genehmigt). — Gesuch des Karl Front in Mannheim um Genehmigung zum Betrieb einer Schaafzucht ohne Brantweinbrennerei im Hause Reichstraße 29 (genehmigt). — Beschl. der Salanna Baro Dore, geb. Zimmermann in Mannheim, Wittels. 3 (genehmigt). — Desgleichen des Adolf Schumacher in Mannheim l. 10. 8 (genehmigt). — Desgleichen des Otto Rehschlag in Mannheim, Herzogenriedstraße 63 (genehmigt). — Desgleichen des Jakob Friedrich Köhler in Mannheim, Schwepingerstr. 126 (genehmigt). — Gesuch der Justine Köhler geb. Kleinmann in Mannheim um Genehmigung zur Verlegung ihrer Schaafzucht ohne Brantweinbrennerei von Wittelsstraße 138 nach Jungbubbrunnstraße 29 (genehmigt). — Desgleichen des Christian Wagner in Mannheim von Friedrichstraße 6 nach Heiligstraße 14 (genehmigt). — Desgleichen des Erich Hen in Mannheim von Redarnerstraße 22 nach Burgstraße 13 (genehmigt). — Desgleichen des Ernst Fonten-Schläger in Mannheim von Altherrstraße 18 nach Vorgringstr. 13 mit Brantweinbrennerei (genehmigt). — Gesuch des Wilhelm Fallert in Mannheim um Genehmigung zum Betrieb einer Schaafzucht im Hause Reichstraße 9 (genehmigt). — Desgleichen des Gg. Schäfer in Räfertal, Räfertalstraße 3 (genehmigt). — Beschl. des Albert Schäfer in Mannheim, Verbindungskanal Nr. 2 (genehmigt). — Gesuch des Friedr. Wieland in Mannheim um Genehmigung zur Verlegung seiner Schaafzucht im Hause Reichstraße 10 nach Verbindungskanal L. 11 nach R. 6, 1 (Schulstraße) (genehmigt). — Beschl. des Wilhelm Ditzmann von Industriestraße 20 nach Meinen Mühlenstraße 4 (genehmigt). — Beschl. des Martin Schenk in Mannheim von S. 6, 20 nach den Kennwiesen (abgelehnt). — Gesuch des Heinrich Schwärzel in Waldhof um Genehmigung zum Betrieb einer Schaafzucht im Hause Döppnerstraße 18 (genehmigt). — Gesuch des August Deyerle in Mannheim um Genehmigung zum Betrieb der Reithauswirtschaft im Hause L. 4, 7 (abgelehnt). — Den Wirtschaftsbetrieb des Martin Dieckmeier in Waldhof, Dudenstr. 23 hier, Konsumgenossenschaft (abgelehnt). — Gesuch des Samuel Pflanzendörfer in Seckenheim um Genehmigung zum Betrieb der Holzwirtschaft zur Hofe, Friedrichstraße 31 (genehmigt). — Gesuch der Irma Weidner u. Fritz in Redaran um Genehmigung zur Erhaltung einer Halle und eines Kuppelbaus auf ihrem Grundstück am der Redaranstraße (abgelehnt). — Wirtschaftsbetrieb des Bernward Augusten Friedrich Schäfer hier, Unterlagung des Gewerbebetriebs (abgelehnt). — Gesuch der Firma Mineralw. A. K. Brecht u. Co., G. m. b. H. in Odenburg, Erhaltung einer Fabrikanlage an der Franzosenstraße 5 in Mannheim hier, Einpforte der Firma Depp. Gabn gegen Erhaltung eines Dampfheißes auf dem Anwesen erhaltener Firma (abgelehnt). — Heilung der Bau- und Strafenstrafen für die Sandhoferstraße zwischen Heilshofstraße und dem Stadteil Sandhofen (festgestellt). — Beschl. an der Redaranstraße zwischen Dier- und Kronenstraße im Stadteil Sandhofen (festgestellt). — Beschl. an der Königen- und Robert-Rocher in Mannheim (festgestellt). — Heilung der Sandhofenstraße zwischen Angel- und Heilshofstraße in Redaran hier, Beitrag der Angeworzen zu den Strafenstrafen (genehmigt). — Gesuch der Helene Lautenschläger in Mannheim um Genehmigung zur Erhaltung von Pumpen im Hause F. 6, 11 (mitdrücklich erteilt). — Verteilung der Preise aus der Varree Herrmannschen Jungfrauen-Kuchenerstellung (erteilt). — Entschädigung der Ludwig Sandel Wwe. in Schriesheim für einen an Mitternand umgehenden Tier (festgestellt). — Ernennung eines Schulungsbevollmächtigten für die Gemeinde Redaranhan.

**Konkurrenzverfahren.** Ueber das Verlangen des Regierungsrates Valentin Schilling, Schimpfstraße Nr. 18 wurde das Konkurrenzverfahren eröffnet.

**Ein deutsche Studienreise nach Südamerika.** Unter Führung von Professor Bachmann wird die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft im Herbst d. J. eine Studienreise nach Südamerika veranstalten. Die Reise hat in der Hauptsache Argentinien zum Ziele. Es sollen aber auch Landesteile der benachbarten Länder, so n. a. Chile, Brasilien, Uruguay und Paraguay besucht werden.

**Neue Badgesellschaft.** Der Reuen Badgesellschaft sind von Männern wieder Mittel zur Verfügung gestellt worden, mit denen einer Anzahl unbedeutender Kantinen und Oenarien an der Ostseite des Rheins der Besuch des am 9.-11. Mai stattfindenden 7. Deutschen Badfestes in Wien durch Reiseunterstützungen ermöglicht werden soll. Anträge zur Gewährung solcher Reisekosten, deren Höhe je nach der Entfernung vom

Ort. Zum Konkurrenzverfahren wurde Rechtsanwalt Dr. Kockel ernannt. A. T. 13. April, P. T. 22. April. Des ferneren wurde das Konkurrenzverfahren eröffnet über das Verlangen des Robert Richterler, Uhrmacher und Juwelier, H. 4, 31, 3. J. unbekannter Kaufmanns. Zum Konkurrenzverfahren wurde Rechtsanwalt Dr. Wih. Strauß ernannt. A. T. 2. Mai, P. T. 13. Mai.

**Antifeminismus im Wandervogelbewegung.** Die Differenzen in der Wandervogelbewegung sind aus den Worten des Caspari, Direktor des Gymnasiums, und Dr. H. Rose, Direktor der Oberrealschule, geschrieben: Der St. J. hat in der jetzigen Debatte im Bürgerausschuß von den Streitigkeiten im hiesigen Wandervogel gesprochen und es als bedenkend bezeichnet, daß sich hervorragende Schulmänner hinter die Seite gestellt hätten, die den Antifeminismus propagieren. „Ich weiß keine Antifeministen“, sagte er, „daß die Herren das nicht wollen, aber sie sind nicht genügend mit der Sache vertraut, und sie haben gemeint, es handle sich um einen Juss, wie es wohl mal vorkommt, ohne sich die Sache näher anzusehen.“ Es wäre in der Tat nicht nur bedenklich, sondern unvernünftig, wenn Leiter patriotischer Verbände dem Antifeminismus Vorschub leisteten. So ist auch genau das Gegenteil wahr. Als wir Kenntnis erhielten, daß antifeministische Tendenzen im Wandervogel sich einzustellen wollten, wählten wir nach dem Gutachten unserer Verbände beim Verein davon ab, daß § 1 der Statuten genau eingehalten werde und antifeministische Tendenzen ferngehalten würden. Auf das Verbot hin wählten die Führer, daß dies im hiesigen Wandervogel geschähe, haben wir uns entschlossen, im Eltern- und Jugendrat zu bleiben und hoffen, dadurch Verbreitung antifeministischer Tendenzen wenigstens im hiesigen Wandervogel einen Riegel vorzulegen zu haben. Wir sind also nicht für, sondern mit aller Entschiedenheit gegen den Antifeminismus im Wandervogel aufzutreten und werden es auch in Zukunft tun. Die Streitigkeiten zwischen den Ortsgruppenführern Schmittmeier und Jählich hatten ganz anderen Ursprung und wurden nur im Verlauf des Streites auf das antifeministische Gebiet gehoben. Die Darstellung des St. J. hat es nun doch als auf einseitiger Information beruhend zurückgewiesen werden.

**Erholungsheim Bad Sulzburg.** Die Bilanz eines Erholungsheimes Bad Sulzburg für das Jahr 1913 veröffentlicht der Verband der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen. Einnahmen und Ausgabe beliefen sich auf 138.662,21 Mk., der Betriebsergebnis betrug 1388,65 Mk., so daß der Verwaltung trotz der hohen Lebensmittelpreise und der billigen Konsumberechnung für ihre Mitglieder auf einen finanziell recht guten Erfolg zurückzuführen kann. An Freizeiten wurden im Berichtsjahre insgesamt 32 mit einem Kostenaufwand von 2102,40 Mk. an unbedeutende Mitglieder des Verbandes verliehen. Die eigene Milchproduktion ergab von März 1913 bis zum 31. März 1914 einen Überschuss von 729 Liter. Auch im Berichtsjahre wurden die bestehenden Anlagen wieder bedeutend vergrößert, so daß sowohl den Mitgliedern des Verbandes, als auch sonstigen Kur- und Ruhebedürftigen ein Besuch des Badkurortes Sulzburg, Bad Sulzburg (Schwarzwald) angelegentlich empfohlen werden kann. Prospekte und Kataloge bereitwillig durch die Verwaltung und Landesverband, St. J. Kassa.

**Nicht identisch.** Herr Simon Günther, Obst- und Südfruchtändler, Amersbacherstr. 13, mit dem Südrheinländer S. Günther, von dem am Montag-Abendblatt unter Gerichtszeitung berichtet wurde.

**70. Geburtstag.** Der Ehrenpräsident des Badischen Militärvereinsverbandes, Generalleutnant a. D. Frisch, beging in den letzten Tagen in voller Geistes- und Körperkräfte seinen 70. Geburtstag. Eine Anordnung des Präsidiums des Verbandes übermittelte dem Jubilar die Glückwünsche des Verbandes.

**Zur Dreihundertjahrfeier des Winkelschenbach.** Man möge den Wohnort eines Nachkommen des früheren Schlossers von Winkelschenbach, der im Jahre 1811 verstorbenen Freiherrn Nikolaus Casimir von Herding, Hof. Bayer. Kammerherr, Generalleutnant und Oberhofmeister ihrer Majestät der Königin. Der Sitz der Familie war im Jahre 1811 Winkelschenbach im Rheingebiet. Ein Sprößling des Geschlechtes hat nach im vorigen Jahre der Marktgemeinde Winkelschenbach einen Besuch abgestattet. Nachrichten nimmt dankbar an: Paul Hildebrandt, Winkelschenbach, Oberpfalz.

**Aus dem Mannheimer Kunstleben.** Jubiläumskonzert des Vereins f. klassische Musikmusik.

Zur Feier seines vierzigjährigen Bestehens veranstaltet der Verein für klassische Musikmusik unter Leitung des Herrn Großh. Musikdirektors H. Wenzel am Dienstag, 10. März, abends 8 Uhr, in der Christuskirche ein Konzert. Zur Mitwirkung sind folgende Solisten gewonnen worden: Frau Maria Wenzel (Sopran), Fräulein Jane Freund, Sopranistin (Alt), Herr Hofopernsänger von der Heydt (Tenor), Herr Hofopernsänger: Fritz Seefeld (Bass), Herr Hofopernsänger: Richard Vorherr (Bass), Herr Hofopernsänger: Fritz Vorherr (Bass), Herr Hofopernsänger: Johann Siegmund (Bass), Herr Hofopernsänger: Ernst Teil: 1. J. E. Bach, Präludium (Orgel) für Orgel; 2. Fr. Händel, der 23. Psalm für Sopran, Bariton und Orgel; 3. H. Schumann, Der Jungling zu Reim, Oratorium für Soli, Chor und Orgel. Zweiter Teil: 4. Arno Landmann, Choralempfehlung über: Heiliges Jahr, was Gott da verordnet; 5. G. Schütz, Postludium für Chor a cappella; 6. Riedel für Bass mit Orgel.

**Aus dem Mannheimer Kunstleben.** Jubiläumskonzert des Vereins f. klassische Musikmusik.

**Aus dem Mannheimer Kunstleben.** Jubiläumskonzert des Vereins f. klassische Musikmusik.

Auswärtige Zeitungen werden um sofortigen Rücksendung gebeten.

**Mattenbekämpfung.** In der zweiten Hälfte des Monats April l. J. ist vonseiten der Stadtverwaltung beabsichtigt, eine Bekämpfung der Mattenplage auf den städtischen Grundstücken und in den städt. Gebäuden vorzunehmen. In dieser allgemeinen Bekämpfung können sich auch Besitzer von Privatgrundstücken und Gebäuden beteiligen, wofür ein Betrag von etwa 4-6 Mark, für größere Anwesen 8-12 Mark für die zweimalige Auslegung des Mittels erhoben wird. Um in größeren Stabesimmments, Fabrikanlagen und dergl. die Kosten für die Bekämpfung berechnen zu können, müßte zum Zweck der Festsetzung der notwendigen Quantitäten des Präparates eine Befichtigung der Anlagen vorausgehen. Mit Rücksicht auf den großen Schaden, den die Matten in wirtschaftlicher wie in sanitärer Hinsicht anrichten pflegen, dürfte dieses Vorgehen der Stadtverwaltung lebhaft zu begrüßen sein. Es wird darauf ausdrücklich gemacht, daß es sich um eine bakteriologische Mattenbekämpfung handelt, wobei die zur Verwendung kommenden verschiedenen Bakterienkulturen, wie die sich einstellende Mattenplage für Menschen und familiäre Haustiere (ausgenommen Kanarienvögel) völlig unschädlich sind. Die Eigentümer derjenigen Grundstücke, auf welchen sich eine Mattenplage bemerkbar gemacht hat, können sich zur Teilnahme an der Bekämpfung bis zum 25. April d. J. auf der Karte des Stadthofes schriftlich oder mündlich anmelden. Nach Ablauf der Frist wird das Mittel unter Herabzählung der Kosten auf dem Stadthofe gedruckterweise zum Auslegen hergestellt und den Interessierten mitgeteilt, wann sie das Mittel und die erforderlichen Anweisungen abholen lassen können. Etwa 14 Tage darauf erfolgt zur Vernichtung der etwa noch lebenden Matten eine abermalige Auslegung mit einem bakterienfreien Ergänzungspräparat, welches in derselben Weise an die Teilnehmer verabfolgt wird. Im Interesse einer rationellen Bekämpfung der Matten wäre es erwünscht, wenn von der durch die Stadtverwaltung gebotenen Gelegenheit ausgiebigen Gebrauch gemacht würde.

**Mennonitentaufe.** Unter den hier wohnenden Mennoniten hat die kirchliche Meinung unseres Korrespondenten in Neustadt a. D. über eine angeblich im Neustädter Volkshaus vorgenommene Mennonitentaufe große Entrüstung hervorgerufen. In einer Zuschrift heißt es u. a.: Ich als Mennonit kann nur sagen, daß die Mennoniten-Gemeinde Neustadt in Brauchweilerhof ihr Gotteshaus hat, wo Taufen, Trauungen und Gottesdienste abgehalten werden. Wir brauchen kein Volkshaus und kein Schwimmbassin zur Taufe. Der Verleumdung soll sich nach dem Brauchweilerhof, Gemeinde Neustadt, zu irgendeinem Einwohner begeben, dort wird er die richtige Auskunft erhalten. Jedemfalls erwarte ich, daß der Berichtstatter an dieser Stelle bekannt gibt, um welche Stelle es sich handelt, die solche Taufe vornimmt; mir ist eine solche unbekannt.

**Aus dem Großherzogtum.**

**1) Karlsruhe, 26. März.** Die hiesige Strafkammer verurteilte den Hausierer Schmid als Schwindler zu 3 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Der raffinierte Schwindler war, trotzdem er verheiratet ist, und vier Kinder hat, auf ein Heiratsinformat mit einer Köchin in Beziehungen getreten, um ihr ihre Ersparnisse abzunehmen. In diesem Zweck reiste er mit dem Mädchen, das zuvor einen Teil ihres Geldes abgehoben hatte, nach Dover in England, um sich dort trauen zu lassen. Daraus hatte er die Absicht, sich mit dem Gelde seines Opfers davon zu machen und die Bedauernswerte in England sitzen zu lassen. Die Trauung kam jedoch nicht zustande. Inwieweit war man dem wahren Sachverhalt an die Spur gekommen. Der Hausierer wurde verurteilt und eingekerkert, während das deutsche Konsulat dafür sorgte, daß das Mädchen wieder in seine Heimat kam.

**2) Freiburg, 26. März.** Im Ortsteil Schanzenland fiel der Arbeiter Walter von hier 10 Meter hoch herab und war sofort tot.

**3) Tauberhirschaheim, 26. März.** Der 78 Jahre alte Landwirt Franz Dürr fiel vom Schrengelbühl ab und erlitt so schwere innere Verletzungen, daß der Tod eintret.

Begleitung: Hugo Wolf, a) Gedel, b) Harzoch; 7. F. Klauerl, Holzgasse, eine kleine Passionsspiele für Alt-Geis, gemischten Chor, Ober, Violoncell und Orgel. — Programme, die zum Eintritt für alle Plätze berechnigt (1.50 Mk.), unter den Engpässen (1.10 Mk.) in den hiesigen Parkausstellungen und am Eingang der Christuskirche.

**Tagespielplan deutscher Theater.**

Samstag, den 28. März.  
Berlin. Agl. Opernhaus: Donnyprote zum Einfonk-Konzert. — Agl. Schauspielhaus: Die Venus mit dem Fingerring.  
Dresden. Agl. Opernhaus: Parsifal. — Agl. Schauspielhaus: Wilhelm Tell.  
Düsseldorf. Schauspielhaus: Schneider Bittel.  
Frankfurt a. M. Opernhaus: Rannan. — Schauspielhaus: Die eint im Rot.  
Freiburg i. B. Stadttheater: Emilia. — Damiel. Heidelberg. Stadttheater: Kallie.  
Karlsruhe. Großh. Hoftheater: Gg. v. Verdingen. Mainz. Stadttheater: Wolfram.  
Mannheim. Großh. Hoftheater: Schweizer Beatrix.  
München. Agl. Hoftheater: Robert Guttenberg. — Der geschworne Kung. — Kallie. — Die kassische Mühle. — Schauspielhaus: Kallie. — Die kassische Mühle.  
Straßburg i. Elz. Stadttheater: Amelia oder Ein Mannesall.  
Stuttgart. H. Haus: Der verwandelte Knecht. Die Knecht. Die er ihren Mann betog.  
Weisbaden. Agl. Theater: Hoffmanns Erzählungen.



# Beratung des städtischen Voranschlags für 1914

am Freitag, den 27. März.

## Spezial-Debatte. Fünfter Tag.

Oberbürgermeister Dr. Kucher eröffnet die Sitzung um 2.30 Uhr in Anwesenheit von 57 Mitgliedern. Die Galerie ist gut besetzt. Es wird in der

### Einzelberatung des Voranschlags

fortgefahren und zwar an Position 30 der Ausgaben „Auf die Gesundheitspflege“.

Stv. Kub regt an, das Sengerische Bad zu erwerben, da jetzt günstige Gelegenheit hierzu vorhanden sei.

Stv. Stephan verlangt für den Stadtteil Waldhof-Luzenberg ein Freibad im Industriegebiet. Ein solches Bad sei eine dringende Notwendigkeit.

Stv. Kuchs wünscht ein Freibad im Redar für die Bewohner des langen Röttergebietes. Für Sandhofen sollte das Freibad baldigst erstellt werden. Das Brausebad in Reudenberg sei sehr primitiv. Es sollte Erjoh durch ein Wasserreservoir ersetzt werden. Das Brausebad in Redarau sei ebenfalls viel zu klein. Der Herr Bourat habe gesagt, man könne im Sommer im Rhein baden. Die gesamte Einwohnerzahl von Redarau sei aber gewohnt, doch sie sich auch im Winter waschen. (Heiterkeit.)

Stv. Probed spricht gleich für baldigste Erstellung eines Freibades für Waldhof und für Sandhofen. Der Stadtrat sollte die Sache baldigst in Angriff nehmen.

Bürgermeister Hollander geht auf die geäußerten Wünsche ein. Seine Frage sei schwieriger als die Anlegung von Fischbädern obwohl Rammheim an zwei Flüssen liegt. Für Reudenberg habe es von der Behörde geheißen, auf der rechten Seite darf es nicht erstellt werden. Außerdem sei eine Untersuchung des Wassers verlangt worden, da man Bakterien befürchtete. Es soll ein umgrenzter Badeplatz mit Schutthütten vorläufig erstellt werden. Es sei in Aussicht gestellt worden, daß bei der Redaranalkation die Schwierigkeiten behoben würden. Was Sandhofen anbelange, so habe der Stadtrat Gesuche vorgelegt. Der Stadtrat sei nicht abgeneigt, Bäder zu schaffen. Aber die Schwierigkeiten seien zu groß. Mit dem Anlauf eines Bades habe man bisher keine günstigen Erfahrungen gemacht. Der Plan des Sengerischen Bades wäre aber für die Stadt sehr vorteilhaft.

Stv. Schenk spricht für Errichtung eines Bedürfnisbades im Jungbuschgebiet in H 7. Stv. Spielmeier wünscht gleichfalls die Errichtung einer Bedürfnisanstalt im Industriegebiet. Auch die Erstellung einer Barthealle für die Straßenbahnfahrer sei empfehlenswert.

Stv. Stephan bringt ähnliche Wünsche vor, die Schamer seien sonst gezwungen die Wirtschaften aufzusuchen. Daß die Errichtung eines Bedürfnisbades dringend notwendig sei, gehe daraus hervor, daß letzter Tage selbst ein Schuhmann ein Protokoll bekommen habe. (Große Heiterkeit.)

Stv. Andreas Schmitt weist darauf hin, daß auch in Redarau Mangel an Bedürfnisanlagen herrsche und ersucht um dringende Erstellung derselben.

Stv. Kuchs wünscht Bedürfnisanstalten für Damen für Redarau und zwar unentgeltlich. Stv. Kern unterzieht die Ausführungen des Stv. Stephan. Es herrscht tatsächlich ein großer Mangel. Die Errichtung von Bedürfnisanstalten sei ein dringendes Erfordernis.

Stv. Hartmann (F. Bg.) verlangt ein Bedürfnisbades für Reudenberg. Das sei ebenso erforderlich, wie in einem anderen Stadtteil. Stv. Gail weist auf die dringende Notwendigkeit der Errichtung eines Bedürfnisbades in den Waldhof hin. Es herrschen dort keine guten Verhältnisse.

Bürgermeister v. Hollander führt aus, der Jungbusch werde eine Bedürfnisanstalt erhalten. Am Endpunkt der Straßenbahnlinie 5 kann eine Anstalt noch nicht errichtet werden. Wenn die Verhältnisse am Endpunkt der Linie 3 geregelt sind, wird man auch dort eine Bedürfnisanstalt errichten. Im nächstjährigen Budget sollen Mittel vorgesehen werden für einen unentgeltlichen Damenort in jeder Bedürfnisanstalt.

Bei Hof. W. Schlachthausbetrieb und Fleischschau in den Vororten“ wünscht Stv. Markart Erlassung einer polizeilicher Verordnung, daß das Fleisch vom Schlachthof aus in anderen Tischen transportiert werden darf. Die jetzige Transportart sei unhygienisch und unappetitlich.

Bei Position 30m „Wohnungskontrolle“ liegt eine Resolution vor, betreffs Erstellung billiger Wohnungen. Diese Resolution ist unterzeichnet von einigen Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion und Stv. Wendling.

Stv. Nagel begründet die Resolution, in der er darauf hinweist, daß tatsächlich in Mannheim große Wohnungsnot herrsche. Kleine Wohnungen seien überhaupt keine vorhanden. Die Wohnungsnot überschreite sich nicht nur auf die Altstadt, sondern auch auf die Vororte. Man brauche sich nicht zu wundern, wenn eine große Anzahl Arbeiter, Arbeiterkinder vorhanden sei. Redner bringt den Vorschlag eines Vermieters zur Verlesung, der die Wohnung dem Mieter unter der Bedingung, daß derselbe statt der angegebenen 5 Kinder, deren 7 hatte. Solche Fälle würden sich öfters ereignen, da hunderttausende Familien in dieser Art geizen müßten, um überhaupt eine Wohnung zu bekommen. Es sei dies sehr bedauerlich und nur durch Erstellung zahlreicher kleiner Wohnungen könne diesem Mißstand abgeholfen werden. Die Mietskafernen seien zu vermeiden. Auch der Arbeiter erzieue

sich an einer schönen Wohnung und dazu gehöre auch ein geistiges Aushere der Häuser. Wenn die Resolution angenommen und verwirklicht wird, verleiht sie das Budget nicht allzuviel. Redner erhebt um Annahme der Resolution.

Stv. Wendling: Schon in der Generaldebatte wurde auf die Wohnungsnot in dieser Stadt verwiesen. Die Mieten haben eine sehr steigende Tendenz nach oben. Die Wohnungsnot sei sehr groß und es werde viel darüber geklagt, daß man große Mühe habe, Wohnungen zu bekommen. Er habe schon dankbar anerkannt, daß eine Wohnungskommission ernannt und daß eine Vorkonferenz abgehalten wurde. Er möchte nur wünschen, daß die Stelle eine ständige werde, da Herr Ortsbauwart Nagel ein sehr tüchtiger Beamter sei. Die private Kaufkraft solle nicht verdrängt werden. Die Stadt könnte sehr wohl an die Anstalten heranzugehen und den Eigenbau unterstützen. Die Hausbesitzer würden hierdurch nicht geschädigt. Andere Städte seien diesem Probleme nahe getreten und hätten gute Erfahrungen gemacht. Er habe sich sehr gefreut, daß bei der Schaffung eines neuen Wohnungstypus angestrebt werden solle. Der Eigenbau würde regulierend auf die Preisbildung. Die Bevölkerung Rammheims würde das Projekt mit Freuden begrüßen.

Stv. A. Gieseler meint, die Wohnungsfrage sei durch die Wohnungskommission in Behandlung. Man solle ihr nicht vorgreifen. Man solle jedes Jahr die gleichen Reden. Man solle arbeiten mit denjenigen, die die Wohnungsfrage praktisch lösen wollen. Redner warnt davor, die Stadt zu veranlassen, daß die Stadt zum Eigenbau übergehe.

Stv. Kapp spricht sich für die sozialdemokratische Resolution aus. Die Masse der sozial Unzufriedenen werde immer größer, wenn die Stadt nicht die Initiative ergreife, um die Lage der Arbeiterbevölkerung zu heben. Redner plädiert für die Unterstutzung der Gartenstadt. Damit werde auch die Arbeiterfrage befähigt. Die Stadt sollte unter allen Umständen mit dem Eigenbau einen Versuch wagen.

Stv. Salzwart tritt ebenfalls für alle Bestrebungen ein, die dazu geeignet sind, der Wohnungsnot zu steuern.

Stv. Kemmle meint, die Stadtverwaltung werde wohl oder übel zum Eigenbau schreiten müssen. Redner schildert den Vorgang der Freiburger Stadtverwaltung, die bereits 1886 mit dem Bau von Kleinwohnungen vorgegangen ist und bis jetzt 66 Häuser mit 272 Wohnungen mit einem Aufwand von 984 000 Mk. erstellt hat. Die Dinge lagen in Freiburg genau so wie in Mannheim. Die Lösung der Wohnungsfrage liege im Interesse der Gesamtbevölkerung, auch der Industrie, die ein Interesse daran habe, daß die Arbeiterschaft möglichst billig und gesund und nicht zu weit von der Arbeitsstelle entfernt wohne. Redner ersucht die Räte, die Frage nicht vom Gesichtspunkt der Großzügigkeit aufzufassen. (Beifall links.)

Stv. Müller: Keine Fraktion verkennt nicht die große Aufgabe, sie verkennt auch nicht die großen Mängel, die auf diesem Gebiete herrschen. Sie hat durch die Tat bewiesen, reformierend und helfend einzugreifen. Als vor einigen Jahren die Vorlage des Spar- und Bauvereins betreffs Erstellung von Wohnungen den Bürgerausschuß beschäftigte, haben wir gerne und freudig zugestimmt. Auch heute stehen wir auf demselben Standpunkt und wir werden gerne jeder Maßnahme unsere Zustimmung geben, die sich auf dem Boden der Wohnungsverbesserung bewegt. Das Ziel ist das gleiche, nur bezüglich des Weges sind wir anderer Ansicht. Wir sind der Meinung, daß auf dem Wege, den die Resolution vorschlägt, nur Schaden verursacht wird, indem durch sie das private Baukapital sich noch mehr vom Bauen zurückzieht, als dies jetzt schon der Fall ist. Ich darf vielleicht daran erinnern, um zu zeigen, daß wir stets für die Wohnungsfrage eingetreten sind, daß die Bestrebungen der Gartenbaugesellschaft, die Erstellung von kleinen Wohnungen, aus unserem Kreise hier befürwortet wurden. Dies ist eine Tatsache, die sich nicht in Abrede stellen läßt. Angesichts dieser Tatsache kann man uns nicht den Vorwurf machen, daß wir uns einer so wichtigen Frage gegenüber ungerneig verhalten. Stv. Kapp hat die wichtige Frage aufgeworfen: Warum haben wir hier so wenige Bauherren? In gleicher Weise hat sich auch Stv. Wendling geäußert. Es ist merkwürdig, daß gerade diese Herren, welche durch ihre Wohnnahme und deren Folgen dies herbeigerufen, so vermundert tun und erkundt sind. Es ist doch Tatsache, daß die Wohnungsnotere in dem Moment einsetzte, in dem die Belastung des Hausbesitzes große Fortschritte gemacht hat und in den Jahren, als die Wertvermehrungseiner Geiselt wurde und sonstige Maßnahmen erfolgten. Diese geschehen sind Maßnahmen, die von den Arbeitnehmern so warm befürwortet wurden, haben sich nicht als praktisch erwiesen. Die Hoffnungen, die man daran knüpfte, sind nicht eingetreten. Die Wohnungen sind nicht billiger, sondern noch teurer geworden. Jetzt wird über diese Maßnahmen gesprochen. Wir erblicken als einzige richtige Maßnahme zur Verringerung der Wohnungsnot eine Entlastung des

Grund- und Hausbesitzes. Der Hausbesitz muß möglichst gespart werden. Betreffs der Bauberatungsstelle sind verschiedene Wünsche laut geworden. Wir wollen hoffen, daß sich die Erwartungen erfüllen und daß sie auf die Befriedigung der Wohnungsnot einarbeiten. Der in der Resolution vorgeschlagene Weg erscheint uns nicht gangbar. Wir hoffen mit Stv. A. Gieseler, daß das neu errichtete Wohnungsamt den gangbaren Weg findet.

Stv. Köttinger: Was hätte eine andere Verbesserung von der nationalliberalen Fraktion erwartet als nur eine Diatonik. Jetzt habe man ja wieder das Wahlvolk der nationalliberalen Fraktion. Die Hausbesitzer würden bei jeder Gelegenheit, wenn sie belästigt würden, diese auf die Schulter der Mieter wälzen. Dies habe sich gezeigt bei der Behreiner, bei der manche Hausbesitzer noch ein gutes Gesicht gemacht hätten. Er unterzieht die Ausführungen des Stv. Kemmle und ersucht um Annahme der Resolution.

Stv. Vogel ist auch der Ansicht, daß die Lösung der Kleinwohnungsfrage im Interesse der Gesamtbevölkerung liege. Er habe in der Kommission nicht den von Stv. Kemmle angeführten Eindruck bekommen, daß das Bauen von größeren Wohnungen bevorzugt werden solle. Die Verminderung des Wohnungsbaues erstreckt sich auch auf die großen Wohnungen. Die Ursachen zu verhindern, war die Stadigemeinde nicht in der Lage. In der nächsten Sitzung der Wohnungskommission sollten praktische Maßregeln ergriffen werden. Man müsse der Kommission Zeit lassen. Die Wohnungsbaufrage werde auch ohne Resolution ihren Weg nehmen. (Achtung links.)

Stv. A. Gieseler stellt fest, daß er nur Selbstverständlichkeiten ausprechen würde, wenn er sagen würde, er sei für die Förderung des Wohnungsbaues. Er habe nur den Mieterverein ermahnen wollen, praktisch mitzuarbeiten. Die Geldbeschaffung sei eben auch eine Ursache, daß die Frage nicht mit der notwendigen Schnelligkeit vorwärts schreite. Man müsse dann auch auf den Staat einwirken, damit die Stadigemeinde mehr Freiheit bekomme in der Sprache von Geldern. In Freiburg liegen die Verhältnisse ganz anders, weil wir keinen entsprechenden Hausfonds wie Freiburg besitzen.

Stv. Kapp meint, man brauche andere Anreize. Deshalb habe er die Räte ersucht, sich mehr an den Bestrebungen des Wohnungsbaues zu beteiligen. Als er gehört habe, man wolle ein eigenes Theater bauen, habe er einen förmlichen Rat bekommen. (Heiterkeit.) Der Wohnungsbaue sei notwendiger.

Stv. Kemmle meint, die Verhältnisse liegen heute so, daß von einer Wohnungsnot gesprochen werden müsse. Augenblicklich könnten nicht mehr allein der Not abhelfen. Die Stadt müsse selber eingreifen. Mit Symptombekämpfungen sei es nicht mehr getan. Die Stadtverwaltung Freiburg habe schon Wohnungen erstellt, als man in dieser Frage noch recht rückständig war. Es wäre nur zu begrüßen, wenn man von dem Theaterzuschuß jährlich 200 000 Mark zu einem Wohnungsbaufonds zurücklegen könnte.

Stv. Wendling stellt fest, daß der Mieterverein durchs bereit sei, praktische mitzuarbeiten.

In der darauffolgenden Abstimmung wird die sozialdemokratische Resolution mit 47 gegen 41 Stimmen angenommen. Dafür stimmten die Sozialdemokraten und ein Teil der Fortschrittler und des Zentrums.

Bei Titel 30 „Jahresverwaltung, Zuschüsse“ frant

Stv. Kub, wie es mit dem Projekt einer Mitterbrennungsanstalt stehe.

Bürgermeister Ritter stellt fest, daß das Projekt ausgearbeitet ist. Es handle sich um einen Aufwand von einer Million. Es werde möglich sein, noch im Laufe dieses Jahres dem Bürgerausschuß eine Vorlage zu unterbreiten.

Auf eine Anfrage des Stv. Dr. Weingart erklärt Bürgermeister Ritter, daß auch die Reorganisation der Müllabfuhr in das Projekt einbezogen sei.

Stv. Khefeldt begründet die Resolution seiner Fraktion, wonach die Grundbesitzer von der Stadt gezahlt werden soll, wenn darum nachgesucht wird.

Stv. B. meint, man könne der Resolution ruhig zustimmen.

Stv. Venei erklärt namens seiner Freunde, daß auch die natl. Fraktion der Resolution zustimmen werde, denn es handle sich um eine Bergünstigung, für die die Allgemeinheit einreten müsse.

Stv. Balle erklärt ebenfalls die Bereitwilligkeit seiner Fraktion, für die Resolution zu stimmen.

In der darauffolgenden Abstimmung wird die Resolution einstimmig angenommen.

Die Armen- und Krankenpflege. Hierzu liegt eine Resolution vor, den Betrag von 1000 Mark für die Trinkerfürsorge auf 2000 Mark zu erhöhen. Die Resolution ist unterzeichnet von einigen Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion.

Stv. Nagel weist in der Begründung der Resolution auf die Notwendigkeit hin, diese geschehenen Bestrebungen zu unterstützen. Bürgermeister von Hollander unterstützt den Wunsch, der in der Resolution zum Ausdruck kommt. Er hoffe, daß der Stadtrat Mittel und Wege findet, diese 2000 Mark zu bewilligen.

Oberbürgermeister Dr. Kucher schlägt eine redaktionelle Änderung der Resolution vor, mit der sich die Antragsteller einverstanden erklären.

Stv. Schlier verlangt für linderreiche Familien mit über acht Kinder einen größeren Armenunterstützung. Wenn man für das Theater 800 000 Mk. zuzuschle, dann könne man auch für soziale Zwecke mehr genehmigen.

Bürgermeister von Hollander weist darauf hin, daß die Armenkommission jetzt schon reichlich Mittel zur Unterstützung gewährt. Wenn Stv. Schlier derartige Fälle angebe, so könne die Angelegenheit näher untersucht werden.

Stv. Schlier nennt einen solchen Fall, wo der Ernährer nur 100 Mark Monatslohn habe und eine große Familie zu ernähren habe. Unterstützung sei aber nicht gewährt worden.

Stv. Probed unterstützt die Ausführungen des Vorredners.

Bürgermeister von Hollander betont, die Fälle zu untersuchen.

Die Resolution betreffs Erhöhung des Zuschusses für die Trinkerfürsorge um M. 1000 wurde einstimmig genehmigt.

Stv. Sator verweist auf die Vermehrung des Personals im Krankenhaus. Er stellt die Anfrage, ob der der Stadt zufallende kleine Anteil ausreicht, um die Erhöhung der Ausgaben zu decken.

Stv. Kern regt an, daß man der Erbauung eines Lungenhospitals näher treten möge. Das jetzige Lungenhospitals genüge nicht mehr den heutigen modernen Ansprüchen. Redner ersucht die Stadtverwaltung, dem vor 10 Jahren in Karlsruhe gegründeten Verein für badische Volksheilstätten für Nervenranke als Mitglied beizutreten und einen jährlichen Zuschuß zu leisten.

Stv. Stephan spricht über das Lungenhospitals.

Stv. Begerle verweist darauf, daß in der Presse gefanden habe, aus dem hiesigen Krankenhaus eine medizinische Fakultät zu machen. Bei der Nähe von Heidelberg sei dies doch ganz aussichtslos. Daß das Krankenhaus viel Geld koste, sei bekannt. Redner erinnert an den ungewohnten Aufschwung der elektrischen Behandlung. Man habe bis jetzt alles für das Krankenhaus bewilligt. Der Kranke solle die Ueberzeugung haben, daß sie nach der besten Methode behandelt werden. Eine Akademie erfordere einen außerordentlich größeren Lehrkörper. Der Direktor des Krankenhauses hat sich mit seinen kurzen lebhaften Beifall erstanden. Wenn das Krankenhaus seine Aufgabe darin sieht, die Kranken heilsam zu behandeln, und die hiesigen Ärzte auf dem laufenden erhält, so erfüllt es seine Aufgabe.

Bürgermeister von Hollander verpflichtet Berücksichtigung der vorgebrachten Wünsche über das Lungenhospitals, um sodann zu den Aufgaben des Krankenhauses überzugehen. Die Hauptursache der Ausgaben sei durch die Uebernahme des Krankenhauses in Sandhofen herbeigerufen worden. Man habe dieses Jahr einen etwas größeren Zuschuß für das Krankenhaus eingestellt und man hoffe, mit dem Betrag auszukommen.

Der Stadtrat beabsichtigt nicht, eine medizinische Fakultät aus dem Krankenhaus zu machen. Der Stadtrat wehre sich ganz entschieden, zumal ja Heidelberg ganz in der Nähe sei. Man dürfe zu dem Leiter des Krankenhauses das Vertrauen haben, daß alles in bester Weise verwaltet wird.

Stv. Keimath erhebt sich um die Feststellung, daß er in der Spezialdebatte nicht gefragt hat, daß der größte Teil der Kosten „hinlänglich“ ist. Er will vielmehr beobachtet haben, daß in den Mittelschulen nach den Klassen die Best der hervorragend begabten Schüler“ kein sei.

## Bürgerausschussung in Heidelberg.

(Von unserem Korrespondenten.)  
N. Heidelberg, 26. März.  
Budgetberatung. Zweiter Tag.  
Spezialdebatte.

In Anwesenheit von 76 Bürgerausschussmitgliedern eröffnet Oberbürgermeister Prof. Dr. Ball die Sitzung um 4 Uhr.

Es gelangt zunächst ein modifizierter Kompromißantrag der fortschrittlichen Volkspartei, der nationalliberalen und der Zentrumspartei zur Beratung, der zur Vermeidung der Umlageerhöhung die Aufbringung der fehlenden 55 000 Mk. in folgender Weise vorgeschlagen: 1) Der Ertrag aus Haupterträgen der Soldanaten ist zu erhöhen von 122 000 Mk. auf 167 000 Mk., 2) die Abfertigung des Gaswerks ist von 285 000 Mk. auf 365 000 Mk., die des Gaswerks von 235 000 Mk. auf 245 000 Mk., die des Wasserwerks von 200 000 Mk. auf 220 000 Mk. zu erhöhen; 3) auf Grund der Deklaration zum Beibrücktrag sind fast 200 000 Mk. 250 000 Mk. einzusetzen.

Stadtrat Kuzliger (F. B.) begründet den Antrag. — Stv. Dr. Hillich (Zentrum) appelliert an die Fraktionen, welche für Umlageerhöhung sind, sich auch zu einem ablehnenden Standpunkt zu bekennen. Er erklärt: So kann es nicht weiter gehen; es ist fast zum Dogma geworden, daß jedes Jahr die Umlage erhöht wird. Man sollte die Ausgaben nach den Einnahmen einrichten, nicht umgekehrt. Die Ausführungen des Stv. Oppenheimer haben auch klar bewiesen, daß wir ohne Bedenken die Folgen der städtischen Werke beschneiden können. Redner führt aus, daß gerade in diesem Jahr



der Druck der Aktien besonders groß ist, von einer Umlageerhöhung abgesehen werden muß. — Ein Schmidt (freie Bürgervereinsung) warnt vor Verfürgung der Rücklagen aus den hiesigen Werken, namentlich im Hinblick auf die großen der Stadt bewirtschaftenden Aufgaben. Ein Dorn (nationallib.) wendet sich gegen die Umlage, die in seinen Ausführungen auf Vorgänge innerhalb der nationalliberalen Partei (betreffs Bürgerweiserwahl) angepielt hat. Er erklärt, daß diese Dinge nur die Partei angehen. Die Nationalliberale Partei habe sich mit dem Wahlergebnis abgefunden und werde demnach nicht mit dem letzten 1. Bürgermeister zusammen zu arbeiten zum Wohle der Stadt. — Der Vorsitzende legt in längerer Ausführungen dar, daß eine Verfürgung der Rücklagen der hiesigen Werke im gegenwärtigen Standpunkt, wo die Werke vor hohen Aufgaben stehen, höchst unzulässig wäre. Bisher sei es die Praxis gewesen, in solchen Zeiten die wirtschaftlichen Verhältnisse zu stärken, nicht zu schwächen. Wenn gesagt worden sei: „So geht es nicht weiter, so müßte er erklären, daß es noch viel schlimmer weiter gehen werde. Es müsse so weiter gehen, wenn Heideberg weitergehen“ solle. Die Regulierung der Ausgaben nach den Einnahmen sei das Richtige für einen Privatmann, nicht für eine Stadt. Die Ausgaben seien überdies zum weitaus größten Teil bereits in früheren Jahren bewilligt vom Bürgerausschuß, nun müsse die Deckung da sein. Redner schließt mit der Erklärung, daß er an der Umlageerhöhung festhalten würde. — Ein Dorn weist darauf hin, daß die Geldverhältnisse sich in den nächsten Jahren voraussichtlich bessern werden, jedoch eine Umlageerhöhung dann weniger drückend sein werde als jetzt. — Stadtrat Mater (Soz.) entwirft ein düsteres Bild von der finanziellen Lage Heidebergs in den kommenden Jahren und tritt daher für Erhöhung der Umlage ein. — Stadtrat Dammert führt aus, daß mancher Kaufmann froh wäre, wenn seine Buchführung solche Erträge aufweise, wie die der Stadt es tut. Jeder Kaufmann könne mit gutem Gewissen jetzt dazu raten, daß die Stadt von einer Umlageerhöhung abstehe. Die 3 Positionen des § 2 des Kompromißantrags betreffs Erhöhung der Abfertigung der hiesigen Werke im Gesamtbetrag von 40000 M werden mit 56 gegen 10 Stimmen genehmigt. Es wird dementsprechend beschlossen, die betreffenden Posten in den Voranschlag einzusetzen.

Zur Position Straßenbahnen liegt ein Antrag der Sozialdemokraten vor, in welchen um Einführung von Arbeiter- und Schülerkarten nachgesucht wird. Ein Dammert begründet den Antrag und bringt zahlreiche Wünsche der Straßenbahner auf Verbesserung vor. Der Vorsitzende erklärt, daß die Einführung von Arbeiter- und Schülerkarten beschlossen ist und daß den Straßenbahner in mehrfacher Hinsicht Verbesserungen zustell geworden sind. Entgegen dem Vorredner stellt er die Arbeiterverhältnisse bei der Straßenbahn als durchaus gute hin. — Ein Dorn regt an, den Straßenbahner gleich den hiesigen Beamten den Sonntag Nachmittag freizugeben. Der Vorsitzende weist auf die Schwierigkeit einer solchen Maßnahme hin. — Ein Dammert führt aus, daß die Monatskarten (10 M) zu teuer sind; ein Abonnement nach Rausche ist nicht mehr. — Stadtrat Mater (Soz.) dankt für die den Straßenbahner zustell gewordenen Verbesserungen; er meint jedoch, daß das Verhalten mancher Beamten gegen die Angestellten viel zu wünschen übrig lasse. — Ein Dorn regt an, daß die Linie Sandshöhe bis an die Gemarkungsgrenze Dollenheim weitergeführt werden möge. — Der Vorsitzende erklärt, daß es schwierig sein die Konzession von der Regierung zu erhalten. Er teilt mit, daß am 1. April die Linie Schierbach-Redarweg eröffnet werden soll. (Schluß folgt.)

**Die Affaire Abreisch.**

Das hiesige Landgericht wird in einer heute Abend stattfindenden Sitzung über die Beschwerde des Landtagsabgeordneten Abreisch entscheiden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die endgültige Entscheidung durch das Oberlandesgericht erfolgt. Die Beschwerde bezieht sich nicht nur gegen die Verhaftung Abreisch als hiesiger Landtagsabgeordneter, sondern auch gegen die Anschuldigung des Betruges. Es kommt hauptsächlich bei der Frage der Immunität in Betracht, daß Abreisch in München sein Mandat gar nicht ausüben konnte, infolge der räumlichen Trennung der Pfalz von Reichshagen, wenn er bei der Fahrt dorthin auf ausserbayerischem Boden festgehalten wird. Hier betrachtet man diese Reichsfrage als klarliegend, indem man trotz der angrabensten Umstände die Verhaftung von Abreisch als zu Recht bestehend erachtet.

**Deutscher Reichstag.**

Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstags-sitzung stand der Gesetzentwurf über die Regelung der Konkurrenzklause. Man hat diesen wichtigen Gegenstand auf die Tagesordnung der heutigen letzten Sitzung vor den Ferien trotz der Warnung der Nationalliberalen im Seniorenflorent gestellt. Die Nationalliberalen hatten auf die Unzulässigkeit hingewiesen, einen so wichtigen Gegenstand wenige Augenblicke vor den Ferien in zweiter Lesung erledigen zu lassen und die weitere Beratung dann hinter die Osterferien zu legen. Wie recht die Nationalliberalen seiner Zeit hatten, zeigte die heutige Reichstags-sitzung, in der es zu einer sachlichen Behandlung der Frage überhaupt nicht kam. Zu Beginn der Sitzung nahm der Staatssekretär des Reichsjustizamtes, Dr. Visco, das Wort, um in formaler Weise die Verhandlung zu den Beschlüssen der Kommission das Unannehmbar der verbündeten Regierungen zu erklären. Der Staatssekretär sprach dieses Unannehmbar zweimal aus. Er ließ überhaupt keine Zweifel darüber, daß

in der gegenwärtigen Form das Gesetz von den verbündeten Regierungen nicht angenommen wurde.

Eine ähnliche Erklärung hatte der Staatssekretär schon in der Kommission abgegeben. Freilich konnte er dann als nur für seine Person und nicht im Namen der verbündeten Regierungen sprechen. Wie noch bekannt ist, legte die Regierung zwischen der 1. und 2. Lesung einen vollständig ungearbeiteten Gesetzentwurf vor, für den sich eine Mehrheit fand, die aus sämtlichen bürgerlichen Parteien bestand. Der Entwurf wurde jedoch in drei wesentlichen Punkten abgeändert. Einmal wurde die von den Prinzipalen während der Karenzzeit zu zahlende Entschädigung von 1/2 auf die Hälfte des zuletzt bezogenen Gehaltes festgesetzt; zweitens wurde die Gehaltsgrenze von 1500 M auf 1800 M erhöht und drittens der gegenwärtige Rechtszustand in bezug auf die Erfüllungsklage aufrecht erhalten.

Dr. Visco erklärte heute, daß die verbündeten Regierungen sich mit dem ersten Punkt abfinden würden, dagegen lehnen sie die beiden anderen Beschlüsse ab, bei deren Annahme die Vorlage für sie unannehmbar sein würde. Zur Begründung dieser Haltung der verbündeten Regierungen verweist der Staatssekretär auf seine Darlegungen in der Kommission. Die verbündeten Regierungen haben sich schweren Herzens für die Zulassung einer Mindestgrenze entschlossen. Ueber 1500 Mark würden sie aber auf keinen Fall hinausgehen. Was aber die Erfüllungsklage angeht, so würde nach Ansicht der verbündeten Regierungen ein Ausschluß derselben gegen Treu und Glauben verstoßen.

Durchaus mit Recht betont Dr. Visco, daß das Gesetz schon so viel Ersparungen für die Festhaltung einer Konkurrenzklause enthalte, daß sie überhaupt nur noch eine ganz seltene Ausnahme bilden werde. Auf der anderen Seite würde aber der Prinzipal an der Durchführung einer berechtigten Weibewerbsbeschränkung nicht durch Ausschluß der Erfüllungsklage behindert werden.

Dr. Visco hat zum Schluß den Reichstag, sich auf den Boden der verbündeten Regierungen zu stellen und er vertritt nach Annahme des vorliegenden Gesetzes auch die Neuregelung der Verhältnisse der technischen Angestellten sofort in die Hand zu nehmen.

Die Erklärungen des Staatssekretärs riefen eine längere Geschäftsordnungsdebatte hervor, in der sich die Redner sämtlicher bürgerlicher Parteien auf den Standpunkt stellten, daß durch die Erklärungen der verbündeten Regierungen eine ganz neue Lage geschaffen sei, welcher der Reichstag in der heutigen Sitzung nicht mehr Rechnung tragen könne. Das könnte auch nicht geschehen, wenn der Reichstag noch über den heutigen Tag hinaus zusammenbleiben würde.

Die bürgerlichen Parteien einigen sich deshalb darauf, in der heutigen Sitzung nicht sachlich zu beraten, sondern den Entwurf erst nach Pfingsten und dann sofort vorzunehmen. Gegen diese Verhandlungsabsicht wandte sich nur die Sozialdemokratie, die aber damit in völliger Vereinsamung blieb. Die übrigen Parteien schlossen sich sämtlich dem Verhandlungsantrag an.

Vor völlig leerem Hause bereit dann der Reichstag über Petitionen. Dem wenig erregten Schlußplaus mochte aber der hiesiger Abgeord. Dr. Dertel ein Ende, indem er die Beschlussfähigkeit des Hauses anzeigte. Infolgedessen mußte der Reichstag um 1/3 Uhr seine Arbeit beschließen.

Die nächste Sitzung findet am 28. April statt.

Berlin, 27. März. (Von unv. Berl. Bur.) Die Budgetkommission des Reichstages fuhr heute beim Etat des Reichsjustizamtes in der Erörterung des Falles Schlieben fort. Mit den gewöhnlichen vertraulichen Ausführungen zeigten sich verschiedene Kommissionsmitglieder durchaus nicht einverstanden. Ein Zentrumsmittglied betonte, daß die Unterbrechung der österreichischen Politik nicht bis zur Bewältigung der eigenen wirtschaftlichen Interessen gehen dürfe. Die parlamentarische Vertretung in den ungesicherten Gebieten sei noch sehr mangelhaft. Der Staatssekretär v. Jagow bekräftigte sich wiederum auf vertrauliche Mitteilungen. Ein Fortschrittler erklärte sich durch die nicht für völlig überzogen. Er wendete sich im übrigen gegen das nunmehr einzuleitende Disziplinungsverfahren gegen Schlieben, dessen Beginn 6 Monate nach der nachgeordneten dienstlichen Entlassung zurückzuführen wäre. Auch ein sozialdemokratisches Mitglied hielt die Vertretung Schliebens nach Dult für unzulässig. Ein Fortschrittler beantragte die Einstellung der Mitteilungen durch die Regierung. Nach seinen Gestandnissen müßte es im parlamentarischen Amt bekannt sein, daß Schlieben nicht mehr trossendfähig sei. Die österreichische Politik gegen Serbien sei verfehlt, unzulässiger dürfe Deutschland diesen Fehler auch noch wirtschaftlich mitgehen. Ein Konserverler bekräftigte zwar die Haltung des Reichsjustizamtes vor, forderte aber auch, daß die geschäftliche Tätigkeit des Konfals Schliebens außer Zweifel stehe. Die Einseitigkeit der deutschen Politik müsse überall anerkannt werden. Auf eine Anfrage teilte der Staatssekretär des Reichsjustizamtes mit, daß es noch nicht entschieden sei, ob ein Gesandter oder Generalkonsul nach Durazzo gehen soll. Was zur Entscheidung der Frage werden die deutschen Gesandten vorläufig durch einen dorthin geschickten Beamten ersetzt.

Ein Nationalliberaler empfahl die Umwandlung des österreichischen Generalkonsulats in eine Gesandtschaft. Im Zusammenhang mit der Besprechung dieses Antrages wurde von fortgeschrittener und sozialdemokratischer Seite auf den wünschenswerten Zusammenhang der inneren und äußeren Politik hingewiesen. Die Zersplitterung der deutschen Politik in ganz verschiedenen Richtungen. Die nächste Sitzung soll am 28. April stattfinden.

w. Berlin, 27. März. Bei der fortgesetzten Erörterung für das Auswärtige Amt in der Budgetkommission des Reichstages teilte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes mit, daß es noch nicht entschieden ist, ob ein Gesandter oder ein Generalkonsul nach Durazzo geschickt werden soll. Österreich und Ungarn hätten dort Gesandtschaften, Rußland ein Generalkonsulat und Frankreich eine Ministerresidentur zweiten Ranges eingerichtet. Die Geschäfte würden bis zur endgültigen Entscheidung der Frage provisorisch durch einen dorthin entsandten Beamten geführt.

**Letzte Nachrichten und Telegramme.**

Darmstadt, 27. März. Die Zweite Kammer der Stände nahm heute vormittag die Regierungsvorlage betr. die Tagegelder und Reisekosten der Ständemitglieder, wonach auch den durch ihre Geburt nicht berechtigten Mitgliedern der Ständeverammlung, die in Darmstadt wohnen, ein Tagegeld von 10 M. bewilligt wird und die Tagegelder der übrigen Mitglieder von 9 auf 15 M. erhöht werden, an. Der Gesetzentwurf tritt erst mit Beginn des neuen Landtages am 1. Nov. d. J. in Kraft.

Stuttgart, 27. März. Das „Neue Tagblatt“ in Stuttgart legt Wert darauf, festzustellen, daß in seiner Berliner Redaktion über das Eingreifen des Großherzogs von Baden in die Staatshüterfrage lediglich von einem Gerücht in parlamentarischen Kreisen die Rede war und daß die Nachricht selbst beweislos wurde.

Kolmar, 27. März. Das Oberlandesgericht hat heute in der Klage der Zehner und Straßburger Metzger auf Rückzahlung der zuviel erhobenen Schlachthausgebühren dahin entschieden, daß der Einspruch der Metzger grundsätzlich berechtigt sei. Die Klage wurde zwecks Feststellung der Höhe der zurückzufordernden Kosten an die Landgerichte Zabern bezw. Straßburg jurisdizieren. Eine Klage der Zehnerbäder in Kolmar wegen zu viel erhobener Oftegebühren ist vom Oberlandesgericht zurückgewiesen worden. Die Zehnerbäder werden gegen das Urteil Revision einlegen.

Schwarzsee (Warte), 27. März. Das Hochwasser der Warte gefährdet den Ort und die Umgegend. Mehrere Häuser sind dem Einstürzen nahe.

London, 27. März. Das Vestiment des Generalmajors Kealmon, genannt Abbenland in Antrim auf Irland ist niedergebrannt. Man vermutet einen Anschlag der Suffragetten. Der angerichtete Schaden beziffert sich auf 15000 Pfund.

New York, 27. März. Im Plazabotel wurde gestern in dem von der Malerin Fürstin Kivina-Parlaghi bewohnten Räume der ungarische Maler Galany unter der Anklage des Betruges verhaftet.

**Ein schwerer Unfall.**

Heidelberg, 28. März. (Pr. Tel.) Bei den Straßenbauten im neuen Wohnhofgelände ereignete sich heute nachmittags 3 Uhr ein schwerer Unfall. Die im Bau begriffene Ueberführung der Velfort- und Ringstraße stürzte ein und begrub mehrere Arbeiter unter ihren Trümmern. Sieben Arbeiter sind schwer verletzt. Der Arbeiter Wagner ist tot.

**Der Rhein steigt.**

Duisburg, 27. März. (Priv. Tel.) Die anhaltenden Regenschläge haben den ganzen Rheinfluss zum Steigen gebracht. Seit gestern wird hier eine Pegelzunahme von 10, am Mittelrhein von 20 und am Oberrhein von 40 Zentimetern verzeichnet. Der Verkehr im Innereisen ist eingestellt worden.

**Die Mittelmeerfahrt des Kaisers.**

Triest, 27. März. Gegen 11 Uhr kamen am Horizont die „Hohenzollern“ und ihre Begleitschiffe in Sicht. Von Niva und Roli beobachteten eine große Menschenmenge die deutschen Schiffe, die bei prachtvollem Wetter und spiegelglatter See ihren Kurs auf Schloß Miramare nahmen. Man sah die „Hohenzollern“ mit Kaiser Wilhelm und seinem Gefolge an Bord. Knapp dahinter den „Seydlitz“, gefolgt von „Goeben“ und „Breslau“. Mit dem Klondampfer waren zahlreiche Mitglieder der deutschen Kolonie mit einer Musikkapelle an Bord dem Kaiser entgegengefahren. Bei der Begegnung in der Küsten-Bucht von Ruggia intonierte die Kapelle die deutsche Nationalhymne, worauf die an Bord befindlichen reichsdeutschen Untertanen den Monarchen mit lebhaftem Hurra begrüßten. Als die „Hohenzollern“ sich um 10 Uhr 40 Min. auf der Höhe des Triester Hafens befanden, begannen die vor Miramare ankommenden Schiffe des österreichisch-ungarischen Geschwaders, welche bei Sichtung der „Hohenzollern“ große Knagengala hielten, einen donnernden Geschützsalut nachmittags war die „Hohenzollern“ vor Miramare angelangt und anfertigte an der Boje gegenüber dem Schloße; unweit davon der „Seydlitz“, während „Goeben“ und „Breslau“ in der Reihe der Schiffe des österreichisch-ungarischen Geschwaders Aufstellung nahmen.

**Schweres Unglück.**

Brunsbüttelkoog, 28. März. Heute vormittag ereignete sich gegen 11 Uhr beim Abmontieren der bei der neuen Nordsee-schleuse befindlichen Kabelbahn ein schweres Unglück. Als der mit einer Anzahl von Arbeitern besetzte Laufwagen sich gerade über der Schleuse befand, brach ein Stützposten zusammen und der Wagen mit allen darin befindlichen Leuten stürzte in das Wasser. Bisher sind 5 Tote geborgen. Man vermutet, daß insgesamt 11 Personen verunglückt sind. Augenblicklich sind Taucher damit beschäftigt, die Verunglückten zu bergen.

**Opfer des Meeres.**

London, 27. März. „Clond“ meldet aus Triobane: Western ist der französische Dampfer St. Paul auf der Fahrt nach Sidney, als er in den Hafen einlaufen wollte, auf einen Felsen gestoßen und gesunken; 18 Personen sind ertrunken.

**Von Tag zu Tag.**

Mit der Automobilspitze gebündigt. Darmstadt, 25. März. Mit der Automobilspitze machte im hiesigen Polizeigefängnis ein wild gewordener Italiener, der am allen Bahnhof beschäftigt ist, gebündigt werden. Er war mit einigen Arbeitskollegen, die er belästigte, in Streit geraten und von diesen jämmerlich verwundet worden. Er hat sich dabei auch mit einem Taschenmesser nahezu den Hals durchgeschnitten, so daß seine Aufnahme in das Krankenhaus erfolgte. Er wurde dort verbunden und da er dort schon anfang, wild zu werden, brachte man ihn in den Krankenauto nach der Polizeiwache. Kaum in der Zelle, fing er an zu toben, schlug alles zusammen und drohte mit einem Messer jeden, der sich ihm nahe zu erziehen. Er selbst rief sich alle Verbände ab, sobald die Zelle voller Blut war. Trotzdem fahre und tobte er unabding, sodas man sich keinen anderen Ausweg suchte, als die Feuerwache zu Hilfe zu rufen. Mit der Automobilspitze wurde ein feinfühiger Polizeistrolch nach dem Innern der Zelle geschickt. Endlich gelang es einem beherzten Polizisten, den Häftling zu packen und ihn zu übermächtigen, sodas er an allen Gliedern gefesselt mit seinen schweren Binden wieder nach dem Krankenhaus gebracht werden konnte. Zwei Schulpflichter litten Verletzungen.

Der gefasene „Offizier“. Darmstadt, 25. März. Die Gendarmeriestation in Kungen machte dieser Tage einen guten Fang. In einem dortigen Lokal war ein Mann durch sein Benehmen aufgefallen, der sich eine große Beute leistete und schließlich als Offizier auftrat, der in einer Nachbargarition stationiert sei. Der Militärgericht beantragte nun die hiesige Kriminalpolizei, den Festgenommenen zu photographieren und entsprechende Körpermessungen an ihm vorzunehmen. Dort stellte sich alsbald heraus, das man es mit dem bekannten Schloffer K. Japp zu tun hatte, der kurz vorher in der Toilette eines Eisenbahnabteils ohnmächtig aufgefunden wurde. Zu nächst weiter nichts gegen ihn vorlag, machte er wieder entlassen werden.

Maul- und Kleinfurde. Berlin, 27. März. (Priv. Tel.) Unter dem Mundbichbestand des Reichsjustizamtes ist die Maul- u. Klauenkrankheit festgestellt worden.

Ein Raubakt. Posen, 27. März. In der Nähe von Kretlow ist ein Personenzug der Weichselbahn zum Entgleisen gebracht worden, indem die Weichen falsch gestellt, und mit Steinen verarmt waren. Als Täter wurden zwei unpolnische Arbeiter verhaftet, die ein Geständnis ablegten. Bei dem Unfall sind weder Menschen verletzt worden, noch ist größerer Materialschaden entstanden. Es liegt offenbar ein Raubakt vor.

**Pfalz, Hessen und Umgebung.**

Bad Dürkheim, 26. März. Heute fand dahier eine öffentliche Stadtrats-sitzung statt. Die Herstellung der Spantrennformatorien hinter der Saline wurde genehmigt. Im Feindwäcker wird eine Aufschüttung für die Kadue erbaut. Die Stadt wird das benötigte Material stellen, sowie die Unterhaltung übernehmen. Eine Anzahl hiesiger Vereine hat eine Eingabe eingereicht betr. die Weiterführung der elektrischen Linie von Bad Dürkheim nach Gardsburg. Der Vorsitzende ersuchte den Stadtrat hierzu Stellung zu nehmen. Mehrere Ausführungen über die Sache gab Dr. Bischoff, welcher auf die großen Schwierigkeiten der betr. Vinführung hinwies. Die Führung durch die Stadt sei wegen der Enge der Straßen schwer, die Führung über den Feindwäcker sehr kostspielig. Auch Stadtrat Gg. Zumbach wies auf die schwierige Finanzfrage hin, da die Bahn wohl auf eigenem Gelände laufen müsse. Schließlich machte man sich dahin schlüssig, daß das Projekt weiter im Auge behalten werden soll. Die Wartehalle an Haltestelle Feuerberg soll jetzt zur Erhaltung kommen, auch wird eine weitere Haltestelle am Neuberg eingerichtet. An die Verhandlungen schloß sich eine gedeime Sitzung an.

**Neues Leben für Rekonvaleszenten.**

Die Hitzung des Reconvaleszenten zur Wiederherstellung des Körpers nach erkrankenden Krankheiten und schweren Unfällen ist geradezu überaus schön. Schon nach 4 oder 5 Tagen Gebrauch wird die der Patienten frischer und kräftiger und nach einiger Zeit wird der gewohnte Organismus wieder in normaler auf gesunde Bahnen verkehrt. Reconvaleszenten sind von Prof. Dr. v. Hagen und Kollegen mit Besondere verordnet. Man sollte beim Einkauf genau auf den Namen Reconvaleszenten und nicht die sogenannten Ersatzproprate surd. Preis der Flasche M. 2.— zu haben in den Apotheken, ganz über von: Schwann, Engel-Op., Heide-Op. und Einhorn-Op. in Mannheim.























# Handels- und Industrie-Zeitung

## Die russische Eisenindustrie im Jahre 1913.

Nirgends tritt der gewaltige Aufschwung der russischen Volkswirtschaft während der letzten Jahre mehr in Erscheinung, als in der Eisenindustrie. Bereits seit dem Jahre 1908 zeigt die Produktion von Roheisen und fertigem Metall eine ununterbrochene Zunahme, deren Tempo sich seit 1910 wesentlich beschleunigt hat. Die solide Grundlage dieser Entwicklung wird durch den Umstand gekennzeichnet, daß die teilweise Mißernte des Jahres 1911 ohne den geringsten Einfluß auf die Eisenindustrie geblieben ist. Allerdings haben zu den Rekordziffern des Jahres 1912 Regierungsaufträge hauptsächlich beigetragen; die Produktion an Eisenbahnschienen stieg von 31 auf 38,2 Millionen Pud. Doch wiesen auch Privatbetriebe zu Bauzwecken bisher unbekanntes Zahlen auf.

Eine Uebersicht über die Lage der Eisenindustrie gibt folgende Tabelle über die Produktion:

	Schätzung					
	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Roheisen	171,1	175,3	185,5	219,1	256,3	323
Eisen- und Stahl-Halbfabrikate	174,5	191,2	216,3	241,1	276	347
Fertiges Eisen und Stahl	147,6	162,9	184,2	202,7	227,7	287
Berechnet:						
Doppel-T-Eisen und Langobwellen	8,0	8,2	11,5	15,5	17,5	18
Große Schienen	20,1	20,1	29,5	31	30,2	39
Sortimente	55,9	53	63,4	73,3	70,5	81
Walzdraht	3,7	13,0	14,5	15,0	15,1	19
Schweißblech	18,6	21,2	22,5	20,7	21,0	25

Der großen Zunahme des Bedarfs hat die Eisenproduktion bis jetzt nicht folgen können. Obwohl die Hüttenbesitzer im Jahre 1910 den Roh-eisenhunger als vorübergehende Erscheinung bezeichnet und erklärten, in kurzer Zeit zur Deckung des Bedarfs imstande zu sein, obwohl durch Gesetz vom 18. Mai 1911 die Einfuhr ausländischen Roheisens zu ermäßigten Zollsätzen gestattet wurde, hat der Roh-eisenhunger bis heute fast ohne Unterbrechung fortgedauert und die Preise blieben hoch. Auf Grund des genannten Gesetzes wurden zwar in der Zeit vom 1. Juli 1911 bis zum 20. Juni 1912 Erlaubnisscheine über 11 015 630 Pud Roheisen erteilt und 9 876 450 Pud eingeführt. Wie wirkungslos diese Maßnahme sich doch erwiesen hat, geht aus der Tatsache hervor, daß der Preis für Gießereiroheisen im Januar 1912 auf 81 Kopeken pro Pud und für Martineisen auf 70 Kopeken pro Pud zu steigen vermochte. Nur eine geringe Abschwächung trat in den Sommer- und Herbstmonaten des Jahres 1912 ein, machte aber bald erneuten Hunger nach Roheisen Platz. Die Preise für Gießereiroheisen betragen (in Kopeken) im Jahre 1912: Januar 81, März 73—80, Mai 70—73, Juni 70—73, Juli 68—72, Dezember 68—71; im Jahre 1913: März 70—72, September 70—72 und Dezember 69—72.

Zwar weist die Produktion an russischem Roheisen in den letzten Jahren wohl eine sehr bedeutende Steigerung auf, doch genügt sie dem Bedarfe um deswillen nicht, da der Absatz an Roheisen sich nur wenig gehoben hat. Infolge des andauernden industriellen Aufschwungs verbrauchen die gemischten Werke, die das Produkt von Anfang bis zu Ende verarbeiten, ihr Roheisen selbst und können nichts oder nur zu hohen Preisen an die reinen Werke abgeben.

Die ständige Eisennot der beiden letzten Jahre hat zu immer unhaltbareren Zuständen geführt, an denen auch die Regierung nicht achtlos vorübergehen kann, da sie durch immer stärkeren Bedarf an Eisenbahnmateriale an prompter Lieferung interessiert ist. Nach Mitteilungen der Privatbahnen sind deren Aufträge auf Schienen im Jahre 1912 zu ein Fünftel mit sieben Monaten Verspätung geliefert worden, im Jahre 1913 betrug die verspätete Lieferung sieben Monate auf fast die Hälfte der Schienenaufträge. Bedeutend ungünstiger noch war die Ausführung der Bestellungen in Weichen, Herzstücken, Bandagen und Brückenteilen. Aber auch die Staatsbahnen hatten über Verschleppung des Baues neuer Bahnen infolge Nicht-einhaltung der Lieferfristen zu klagen und konnten ihr vorhandenes Wagenmaterial nicht rechtzeitig ergänzen. Ebenso litten Hafen- und Marinebauten.

Roheisenlieferanten ließen sich Ende 1913 überhaupt nicht mehr auf die Einhaltung von Terminen ein.

Während die Vertreter der im Syndikate „Prodmetmet“ vereinigten Hüttenwerke jede Schuld nach wie vor von sich abzuwälzen versuchen, stehen die Verbraucher auf dem Standpunkt, die verspäteten Lieferungen seien lediglich auf den Eisenmangel und dieser wiederum auf das Verhalten der Prodmetmet zurückzuführen, die im Interesse der Hochhaltung der Preise die Produktion beschränken. In Würdigung der zweifellos vorhandenen Gegensätze in der Steigerung des Verbrauchs und der Produktion und der hierdurch geschaffenen Hemmnisse hat die Regierung Anfang 1914 nunmehr beschlossen, einen Gesetzentwurf über die Einfuhr von Roheisen ähnlich dem Gesetze vom Mai 1911 mit zeit-

weiser Geltung ausarbeiten zu lassen. Besondere Einfuhrerleichterungen sollen noch geschaffen werden für Staatsbedürfnisse und Eisenbahnen. Wünschenswert erscheint, daß die notwendig gewordenen Einfuhrvergünstigungen nicht wie im Gesetze von 1911 mit schwierigen Bedingungen und Formalitäten umkleidet werden, die nur kapitalkräftigen Firmen den Genuß der Vergünstigung gestatten.

Die Beteiligung des Syndikats „Prodmetmet“, in dessen Händen fast der gesamte Verkauf von Fertigprodukten konzentriert liegt u. das daher in der Lage ist, die Preise vorzuschreiben, ergibt sich aus folgender Uebersicht über die eingegangenen Aufträge:

	1911	1912	1913
	Tausend Pud		
Sorteneisen	51 407	50 750	57 625
Eisenblech	13 565	16 119	27 207
Träger und Balken	14 986	19 356	15 426
Bandagen und Achsen	3 018	2 722	5 720
Eisenbahnschienen	23 910	27 017	46 264
Insgesamt	106 886	115 964	152 244

Der Zuwachs an Bestellungen für das Jahr 1913 gegenüber dem vorhergehenden Jahre betrug mehr als 13 Prozent. Den Hauptanteil an der gesteigerten Nachfrage nehmen Eisenbahnschienen ein, während der Bedarf für Träger und Balken zurückgegangen ist. Natürlich hatte sich die „Prodmetmet“ die günstige Konjunktur zu Nutzen gemacht und im Herbst 1913 ihre Preise für Bleche, sowie Sorteneisen erhöht.

Die Preise für Sorteneisen betragen in Harkoff Anfang 1913 pro Pud 1,44—1,53 Rbl. und am Ende des Jahres 1,49—1,58 Rbl. Reservoirblech kostete Anfang 1913: 1,60—1,65 Rbl. pro Pud und am Schlusse des Jahres 1,70—1,78 Rbl. das Pud. In gewissen Umfang ist diese Preiserhöhung auf den Hochstand der Preise für russische Kohle zurückzuführen. Unter wesentlich günstigeren Bedingungen, als die staatlichen und anderen Betriebe, die auf die russische Kohle angewiesen sind, können die Fabriken im Nordwesten arbeiten. Die von ihnen benutzte ausländische Kohle stellte sich im Herbst 1913 etwa 3 Kopeken pro Pud billiger als die russische Kohle.

An der allgemeinen Hochkonjunktur der Eisenindustrie in den beiden letztvergangenen Jahren nahmen sämtliche südrussische Metallfabriken teil. Ihre Reingewinne sind beträchtlich gestiegen trotz Mangels an Arbeitskräften und Kohlentenerung und obwohl große Kapitalien zum Ausbau der Fabriken, Anblasung neuer Hochöfen sowie Beschaffung modernster Einrichtungen, Dampfmaschinen, Elektromotoren usw. aufgewandt werden mußten. Den infolge der Produktionssteigerung angewachsenen Kapitalbedarf ergibt folgende Tabelle über die in der südrussischen Metallindustrie angelegten Werke. Am 1. Januar betrug das Aktienkapital der Werke:

	1911	1912	1913	1914
	Millionen Rubel			
Brjansk	24,18	24,18	30,18	41,18
Kriwoi Rog	4,50	4,50	4,50	4,50
Dnieprowiensk	13,13	15,00	15,00	15,00
Donez-Jurjewka	15,00	22,10	22,10	22,10
Urushkowsk	4,50	7,69	7,69	7,69
Konstantinowski	1,88	2,63	2,63	2,63
Kramatorski	7,23	7,23	7,23	7,23
Makejewski	3,75	3,75	3,75	3,75
Nikopol-Marupol	6,60	6,60	13,20	13,20
Olchowaki	1,88	1,88	1,88	1,88
Russo-Belge	15,00	15,00	20,00	20,00
Providence Russe	14,62	14,62	14,62	14,62
Sulina	7,00	7,00	7,00	10,00
Taganrog	7,50	10,00	12,50	21,00
Jusowka	11,40	11,40	11,40	11,40
Zusammen	138,17	152,98	173,68	196,18

Die neuerworbenen Kapitalien sind zum großen Teil zum Ankauf neuer Kohlen und Erzgruben verwandt worden.

Auch die Draht- und Nagelfabrikation hat ihren Anteil an dem Aufschwung der Metallindustrie in den beiden letzten Jahren genommen. Die Produktion ist fast überall gestiegen und die Vorräte haben sich verringert. Das Syndikat „Prowoloka“, dem zehn bedeutende Fabriken angehören, hat den Vertrag auf fünf Jahre bis 1919 erneuert unter gleichen Bedingungen wie in der abgelaufenen Periode.

Ueber die Ausfuhr an Eisen und Eisenprodukten geben folgende Zahlen Auskunft. Es wurden ausgeführt in den ersten 11 Monaten der Jahre:

	1911	1912	1913
	Menge in Tausend Pud		
Eisenerz	50 990	37 800	26 500
Guß-Eisen	53	4	1
Eisen	1 139	1 107	989
Stahl	14	4	3
Schienen und Bolzen	3 221	30	482

Das rasche Nachlassen des Exports entspricht der so plötzlich gestiegenen Nachfrage im Lande selbst.

## Wochenbericht von der Londoner Börse.

M. W. London, 25. März. Kein Zweifel kann darüber bestehen, daß England eine schwere innere Krisis in der vergangenen Woche durchlebt hat, eine Krisis, deren Ende zwar noch nicht da ist, deren schwerste Zeiten aber vorbei zu sein scheinen. Es kann daher kein Wunder nehmen, daß die Kursbewegung von Consols ängstlich verfolgt wurde. Das ist um so bemerkenswerter, als dieses Papier im Laufe der letzten Jahre nur noch von einem kleinen Teil der Börse und des Publikums beachtet wurde, und zwar unabhängig davon, ob in der Welt wichtige politische Ereignisse vor sich gingen oder nicht. Das Fazit der Berichtswoche ist, daß Consols mit einer nennenswerten Kurssteigerung schließen, die außer auf die günstigere Beurteilung der inneren politischen Lage auch den leichten Geldverhältnissen zuzuschreiben ist. In den letzten Tagen hat man auf die andauernde Flüssigkeit des hiesigen Geldmarktes hingewiesen, die trotz der andauernden großen Emissionstätigkeit noch immer zu konstatieren ist. In den nächsten Tagen sollten die Steuereinzahlungen der Regierung beendet sein, und dann wird viel Geld wieder an den Markt kommen. Es kann somit nicht erlauben, daß man neuerdings wieder von einer 2½-prozentigen Bankrate spricht. Es bleibt jedoch fraglich, ob sie wirklich eintreffen wird, weil ja die Bankrate nicht allein von der Geldflüssigkeit, sondern auch von der Kursbewegung der Devisen abhängt.

Die bessere Stimmung, welche bei Schluß der Berichtswoche zu konstatieren ist, war auch eine Folge der optimistischeren Auffassung der Situation in Brasilien. Zwar ist die Rio Valuta zurückgegangen, aber im Hinblick auf Meldungen, wonach die Regierung große Ersparnisse etc. vornimmt, um dem Lande zu helfen, sowie die Tatsache, daß speziell die 1913er Anleihe auf ein Niveau gesunken war, bei welchem eine viel ungünstigere Position berechtigt wäre, veranlaßte starke Rückkäufe in der 1913er Anleihe. Die Kursbewegung dieses Anlehens gilt zur Zeit als Barometer der Beurteilung Brasiliens. Der Umstand, daß dieses Anlehen \$41 000 000 beträgt und nicht gut plaziert ist, läßt im Gegensatz zu anderen derartigen Anleihen Baisseengagements zu. Mexikaner profitieren von Meldungen über Verhandlungen zwischen Huerta und der amerikanischen Regierung. Man hat den Eindruck, als ob eine Einigung zwischen beiden erfolgen wird. Ueber die Zahlungen des Mai-Kupons der 4½-prozentigen Irrigationsanleihe liegen noch keine Meldungen vor. Nach den früheren Erklärungen der Regierung sollte der Kupon notleidend werden. Trotzdem ist in den letzten Tagen eine Kurssteigerung in diesem Anlehen erfolgt, was darauf schließen läßt, daß die Börse mit der Möglichkeit der Zahlung rechnet.

Englische Eisenbahnaktien profitierten von der Beilegung der Differenzen bei der Great Eastern-Bahn, sowie von der allgemein günstigeren Stimmung für englische Fonds.

Der Amerikanermarkt schließt in besserer Haltung. Dasselbe ist in der Hauptsache Meldungen zu verdanken, wonach mit einer baldigen definitiven Regelung der Frachtratenfrage zu rechnen sei. Deswegen blieben einige ungünstige Bahnausweise ohne weiteren Eindruck. Northern Pacific lagen höher auf Meldungen, wonach die Great Northern beabsichtige, die Chicago, Burlington u. Quincy RR. zu übernehmen. Hierbei würden der Northern Pacific große Kassamittel zufließen. Die industriellen Nachrichten lauteten nicht einheitlich. Die Zahl der leerstehenden Waggonen ist zwar weiterhin gesunken, aber andererseits lagen einige pessimistische Äußerungen von großen Stahlinteressenten vor. Amerikanische Kupferaktien verkehrten fest auf günstige Kupferziffern.

Von ausländischen Bahnaktien verkehrten die brasilianischen Werte stark schwankend. Insbesondere gilt dies für die leitenden Werte dieses Gebietes, wie San Paulo und Brazil Rlys., letztere erreichten einen Rekordzifferkurs.

Südafrikanische Minenaktien schlossen gebessert auf die Äußerung in der Generalversammlung der südafrikanischen Minenkammer, wonach mit einer weiteren Reduktion der Unkosten gerechnet werden könne. Brakpans liegen matt auf den ungünstigen Jahresbericht. In Sympathie hiermit verkehrten Transvaal Coal Trust niedriger. Von Diamantaktien zogen Jagerfontein auf die Dividende von 2 s 6 d an, die besser war, als man erwartet hatte. Die Jahresdividende für 1913 beträgt somit 37½ Prozent gegen 45 Prozent im Vorjahr. Von russischen Minenaktien traten Russo Asiatic und Russian Mining neuerdings in den Vordergrund, beide auf Grund von Zirkularen der Verwaltungen.

## Geldmarkt, Bank- und Börsenwesen.

### Wochenausweis der Bank von England vom 26. März.

Nach dem mit nachahmenswerter Schnelligkeit veröffentlichten Ausweis des englischen Noten-Instituts vom gestrigen Tage ist der Wechselbestand um £ 2,82 (1,21) Mill. angewachsen. Die Privatguthaben weisen eine Zunahme von £ 0,97 (0,63) Mill. und die Staatsschatzguthaben eine solche von £ 1,29 (0,49) auf. Die Totalreserve ist um £ 0,47 (0,09) Mill. zurückgegangen, während der Notenumlauf eine Steigerung von £ 0,15 (0,23) erfahren hat. Das Prozentverhältnis der Reserve zu den Passiven beträgt jetzt 43½ Prozent gegen 45½ Prozent in der Vorwoche und 39½ Prozent im Vorjahre. Der Clearinghouse-Umsatz betrug £ 301 Mill., d. h. £ 85 Mill. mehr, als in der gleichen Woche des Vorjahres.

1913 gegen die Vorwoche	(In Tausend Lstrg.)	1914 gegen die Vorwoche
26 745 —	Totalreserve	30 719 —
28 282 —	Notenumlauf	28 085 +
36 541 —	Barvorrat	40 835 +
46 033 +	Portfeuille	46 641 +
41 291 +	Privatguthaben	41 421 +
25 115 —	Staatsschatzguthaben	27 250 +
13 024 unv.	Regierungs-Sicherheiten	11 151 —

### Wochenausweis der Bank von Frankreich vom 26. März.

Gegen den Ausweis vom 19. März zeigt der Stand des französischen Notenstatus eine weitere Besserung. Der Wechselbestand ist freilich um Frs. 10,62 Mill. in die Höhe gegangen, doch erreicht die Zunahme nicht entfernt die im Vorjahr verwendete Zahl von Frs. 152,58 Mill. Der Lombardbestand ist um Frs. 9,45 (11,24) Mill. zurückgegangen. Die Privatguthaben sind um Frs. 7,81 Mill. niedriger, während im Vorjahr in der gleichen Woche eine Zunahme derselben um Frs. 123,04 Mill. stattfand. Dafür haben aber die Regierungsguthaben diesmal um Frs. 100,68 (58,23) Mill. zugenommen. Der Notenumlauf ist um Frs. 60,05 (52,11) Mill. zurückgegangen, wodurch sein Verhältnis zum Barvorrat sich auf 74,12 % erhöhte gegen 73,32 % in der Vorwoche und 68,72 % in der gleichen Zeit des Vorjahres.

1913 gegen die Vorwoche	(In Tausend Francs)	1914 gegen die Vorwoche
3 235 222 +	Barvorrat in Gold	3 824 156 —
507 055 —	Barvorrat in Silber	522 085 —
1 791 103 +	Wechsel	1 408 064 +
6 890 648 —	Notenumlauf	5 743 148 —
732 525 +	Guthaben der Privaten	692 529 —
243 181 +	Guthaben des Schatzes	270 200 +
713 685 —	Loth. Wertp. u. Sullien	771 707 —

### Frankfurter Effektenbörse.

Frankfurt, 27. März. Die Grundstimmung war bei Beginn ungleichmäßig. Man beschäftigte sich zunächst mit der Festsetzung der Prolongationsätze. Da Geld leicht ist, so entwickelte sich der Verkehr ziemlich schnell, amso mehr, als bei den wenig umfangreichen Positionen ein glatter Verlauf vorauszusetzen ist. Die etwas lebhaftere Tätigkeit, welche zunächst einsetzte, machte wie an den Vortagen, einen ruhigeren Verkehr Platz. Die auswärtigen Märkte brachten nur geringe Anregung. Die ungünstigen Eisenbahnausweise in Amerika verleihten ihre Wirkung auch am hiesigen Platze nicht. Baltimore-Otino unterlagen nur geringen Schwankungen, dasselbe gilt auch von österreichischen Bahnen. Schantungbahnen waren getragter, Lübeck-Büchener lagen fest und wurden ziemlich lebhaft gehandelt. Die Erhöhung der Dividende wirkte nach. Für Groß-Berliner Straßenbahn stimulierten die im allgemeinen optimistisch gehaltenen Auslassungen der Direktion in der gestrigen Generalversammlung. In Schiffahrtsaktien sind die Umsätze ruhig, die Tendenz schwankend. Paketfahrt 141,25 bis 140,50. Elektrizitätswerke erlitten nur geringe Kursbewegung. Von heimischen Bankaktien sind Deutsche Bank fest, Diskontokommandit behauptet, Petersburger Internationale Handelsbank notierten 195,50, Kursabschlag 13,00 Prozent, Frankfurter Bank exkl. Dividendenkupon 9 Prozent. Für Montanaktien wirkte die Einbringung des neuen Eisenbahn-Anleihe-Gesetzes. Das Gesetz sieht Ausgaben in Höhe von 506 Millionen Mark vor, die der heimischen Industrie wieder reichliche Aufträge zuführen dürften. Etwas unangenehm berührte die Herabsetzung der Preise für Stahlreifen und Stahlträger in Amerika. Von den Spekulationspapieren sind Phoenix-Bergbau behauptet, Harpener fester. Am Rentenmarkt bestand weiteres Interesse für die 3prozentige Anleihe des Reichs und Preußens. Am Kassamarkt für Dividendenwerte war die Haltung geteilt. Etwas Abschwächung erlitten chemische Aktien und vereinzelt Maschinenfabriken.

Weiterhin lebte es an jeglichen neuen Anregungen und das gesamte Börsengeschäft hat eigentlich nach Festsetzung der ersten Kurse seine erledigt gefunden. Schiffahrtsaktien wurden realisiert. Lloyd bis 122,50 Prozent. Hervorzuheben sind Laurahütte bei matter Tendenz, 153—152,50.

Der Schluß der Börse gestaltete sich ruhig, die Umsätze waren auf den meisten Gebieten bescheiden. Banken waren fest, besonders Deutsche Bank, 261,50.

Es notierten: Kredit 205,25, Diskonto 197,25, Dresdner Bank 158½, Staatsbahn 155, Lombarden 21,50, Paketfahrt 140,25. Prolongationsätze für Reportgeld stellten sich auf 5—4½ Prozent. Privatdiskont: 3½ Prozent.

### Berliner Effektenbörse.

Berlin, 27. März. Die Befestigung, die beim Schluß des gestrigen Verkehrs Platz gegriffen hatte, übertrug sich nicht auf die heutige Börse, die durch eine hochgradige Geschäftsunlust gekennzeichnet wurde. Wiederm war das Angebot auf allen Gebieten überwiegend, was zumteil auf den ungünstigen Eindruck zurückzuführen ist, den die Petersburger Meldung über die Einbringung des Gesetzentwurfs über das Verbot der Pferdeausfuhr über die westrussische Grenze. Anfangs war der Rückgang ungleichmäßig.

Im späteren Verlauf, als von Wien allgemeine Kursrückgänge mit der Motivierung wie oben erwähnt, gemeldet wurden, wurde der Verkehr besonders stark gedrückt. Canadian Pacific R. R. waren im Anschluß an New York und auf die Befürchtung, daß die Einnahmen eine Schmälerung

Karl Langen Verlag



durch die neuerbaute Konkurrenzlinie im Gefolge hatten, schwächer. Ein erhebliches Angebot herrschte in Schiffsaktien, die sich aber noch verhältnismäßig gut halten konnten.

Banken, besonders Deutsche Bank, waren auf die bevorstehende Trennung der Dividendscheine belebt, dagegen waren russische Banken niedriger und erlitten Einbußen bis 3%. Türkenlose waren fest. Von Montanwerten erliefen Oberschlesische Eisenwerke eine Steigerung von 1%. Deutsche Reichsanleihe hielt die gestern erlangte Besserung voll aufrecht. Tägliches Geld 2%, die übrigen Sätze sind unverändert, Ultimogied war nicht verlangt.

Die Börse erfuhr im Laufe der zweiten Börsenstunde teilweise Befestigung. Schantungbahn zogen auf Meinungskläufe an und auch am Montanmarkt besserten sich einige Werte wie Bochumer und Rhein. Stahl. Deutsch-Luxemburger gaben empfindlich nach. An der Börse wurden Hoffnungen laut bezüglich der weiteren Diskonfirmierung der Reichsbank und dies trug dazu bei, die Widerstandskraft zu stärken.

### Handel und Industrie.

#### Ruhrkohlegewerkschaft König Ludwig A.-G., Recklinghausen.

—r.— In der Donnerstag in Essen abgehaltenen Gewerkschaftsversammlung waren 69 Gewerke mit 708 Kuxe vertreten. Über die Aussichten wurde mitgeteilt, daß seit der Preisermäßigung für Koks am Anfang ds. Js. und seit dem Rückgang der Kohlenförderung die Überschüsse von Monat zu Monat gesunken seien. Am 1. April trete die Kohlenpreisermäßigung ein, welche weiter zur Verschlechterung beitragen würde. Die Entwicklung der Marktlage hänge auch von der Erneuerung des Kohlsyndikates ab. Die Regierung wird es zu einem ziellosen Wettbewerb nicht kommen lassen. Wenn keine Einigung zwischen den reinen und den Hülfenzechen zustande komme, sei damit zu rechnen, daß die Staatregierung rechtzeitig eine Zwangsorganisation schaffen werde, die auch den Hülfenzechen nicht erwünscht sein könne. Die Gewerkschaft habe große Hafenanlagen am Rhein-Herne-Kanal und Dortmund-Ems-Kanal geschaffen und auch nach dem Beispiel anderer Zechen mit der Reedereifirma Wünschermann eine Fusion geschlossen. In den zahlreichen Neuanlagen und Betriebsausdehnungen erblickt die Verwaltung eine wesentliche Stärkung des Unternehmens. Die Gewerkschaft sei so geleistet, daß sie auch in schwierigen Zeiten neben anderen Werken bestehen könne.

#### Betriebsergebnisse, Generalversammlungen und Dividenden.

##### Odenwälder Hartstein-Industrie, Darmstadt.

Im Geschäftsbericht für 1913 hat das verfloßene Jahr den Erwartungen hinsichtlich des Absatzes entsprochen. Die Eisenbahnverwaltung sah sich durch starken Wagenmangel im Herbst und Winter 1912 veranlaßt, zur Vergrößerung ihrer Betriebsanlagen zu schreiten, wobei bedeutende Mengen Kleinbeschlag für die Gleisunterbettung benötigt wurden. Da auch die staatlichen und städtischen Bauverwaltungen reichlich Aufträge erhielten, so konnte bis zum Herbst die gesamte Produktion in Kleinbeschlag abgesetzt werden. Trotz der starken Nachfrage nach diesem Produkt, war es nicht möglich, eine Erhöhung der Verkaufspreise zu erzielen, da die Konkurrenz im Laufe der Jahre immer heftiger geworden ist. Die erzielten Preise werden als unbefriedigend bezeichnet.

In Pflastersteinen war das Geschäft während des ganzen Jahres recht lebhaft. Es fanden besonders die Kleinpflastersteine einen Absatz bei angemessenen Preisen. Das Geschäft in Wasserbausteinen hielt sich während des ganzen Berichtsjahres nur in mäßigen Grenzen. Die Plattenfabrik hat sich gut entwickelt. Die unter dem gesetzlich geschützten Namen „Basalt“ in den Handel gebrachten Fabrikate finden überall Anklang.

Die Gesellschaft stellt mit Bedauern fest, daß der schwedische Pflasterstein auch im Berichtsjahr in Deutschland weiter vorgegedrungen ist. Sie glaubt, daß die Forderung der deutschen Natursteinindustrie nach einem Zoll auf schwedische Pflastersteine vollkommen berechtigt war, da der deutsche Naturstein trotz der gewährten Frachtermäßigung den schwedischen Pflasterstein nicht verdrängen konnte.

Der Bericht wendet sich dann gegen den Erlaß der Eisenbahnverwaltung, wonach zur Vermeidung des Wagenmangels im Herbst und Winter Steinbeschlag für den eigenen Bedarf nur in beschränktem Umlange bezogen werden soll.

Der Reingewinn einchl. M. 3306 (5024) Gewinnvortrag aus 1912 beträgt M. 140 991 (140 115), woraus wiederum 7% Prozent Dividende verteilt werden sollen, M. 19 014 (22 054) an Tantiemen gezahlt und M. 7064 (3306) auf neue Rechnung vorgetragen werden.

##### Frankfurter Hypothekbank, Frankfurt a. M.

In der gestrigen Generalversammlung der genannten Gesellschaft waren M. 232 Mill. Kapital vertreten. Die Anträge der Verwaltung wurden genehmigt, die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder wiederum an Stelle des verstorbenen Herrn Kommerzienrats Rudolf Andrae, Herr Richard Andrae-Peisch in Firma Johann Goll u. Söhne neu gewählt. Es gelang eine Dividende von 10 Prozent (wie i. V.) zur Ausschüttung, was bei einem Aktienkapital von M. 22 Millionen M. 2 200 000 ausmacht. Die sonstigen Abschlußzahlen, die wir bereits am 23. Februar (Abendblatt) bei Besprechung des Geschäftsberichts mitgeteilt haben, sind auch aus der im Inseratenteil der vorliegenden Nummer veröffentlichten Bilanz nebst Gewinn- und Verlustkonto ersichtlich.

##### Barmer Bankverein, Barmer.

In der Donnerstag abgehaltenen Generalversammlung waren 48 549 600 M. Aktienkapital vertreten, wovon allein 28 Millionen Mark auf den Namen der Diskonto-Gesellschaft in Berlin angemeldet waren. Von verschiedenen Aktionären wurde wiederum die im Verhältnis zur Dividende außergewöhnliche Höhe der Tantiemen an Vorstand und Aufsichtsrat beantragt und die Anregung gegeben, nach dem Vorgehen der Deutschen Bank in dem stappelförmigen Anwachsen der Tantieme eine Änderung zugunsten der Aktionäre einzutreten zu lassen. Auf diese und eine Reihe anderer Beantragungen teilte die Verwaltung mit, daß das vor 2 Jahren übernommene Bankhaus v. d. Heydt, Kersten u. Söhne im ersten Jahre der

Übernahme schon ausgezeichnet gearbeitet habe. Im letzten Jahre seien aber verschiedene Verhältnisse eingetreten, die die Resultate ungünstig beeinflussten. Das Bankhaus selbst sei ein sehr gutes und man hoffe, daß die kommenden Jahre, ebenso wie das erste, wieder günstig arbeiten würden. Aus der Unterschlagungssaffäre bei diesem Bankhaus treffe dem Bankverein höchstens ein Betrag von 100 000 Mark. Die Tillmanische A.-G. sei, da sich eine eingehende Reorganisation notwendig mache, mit der Firma Schenck u. Lieberhorkort in Düsseldorf verschmolzen worden. Man habe dieser neuen Firma einen Kredit von 500 000 Mark eingeräumt, der zinslos solange gegeben werde, als die neue Gesellschaft eine Dividende nicht zahle. Das werde höchstens ein oder zwei Jahre der Fall sein. Außerdem habe man in Anrechnung auf Forderungen 600 000 Mark Aktien übernommen. In Konkurs der Mühlenfirma Niemöller in Dortmund ergab sich infolge verschiedener Umstände eine Verschlechterung der Konkursquote und auch die Immobilien mußten gegenüber der Schätzung zu niedrigeren Preisen verkauft werden. Die Belegung beim Warenhaus Althoff in Leipzig betrage 2 Millionen Mark. Es sei aber nicht die letzte Spitze, sondern hinterher ständen noch andere Hypotheken. Das Geschäft, das sich aus den Beziehungen des Barmer Bankvereins zu der gleichen Firma in Dortmund und Münster ergebe, enthalte nach Auffassung des Bankvereins keinerlei Risiko. Die Immobilien ständen im übrigen zu Preisen zu Buch, die über die Erlössumme hinaus gingen. Danach wurde die Dividende von 6% Prozent sofort zahlbar gesetzt.

#### Zahlungseinstellungen und Kurse.

##### Insolvenz einer Möbelfabrik.

oo. Wie wir erfahren, ist die Firma W. Unrau Nachfolger, Berlin, Memelerstr. 9, die eine Möbelfabrik größeren Umfangs betrieb, insolvent geworden. Der Zusammenbruch ist auf verlustbringende Abschlüsse mit Möbelgeschäften zurückzuführen. Es ist namentlich ein Akkord auf Grundlage von 60 Prozent abgeschlossen worden. Beteiligt sind Lieferanten von Lack, Farben, Furnieren und Holz. Die Passiven werden auf etwa 120 000 Mark beziffert.

#### Fachliteratur, fachwissenschaftl. Bildungs- und Vereinswesen.

„Die Deutsche Montan-Industrie“, Eisen-, Stahl- und Metallwerke sowie Maschinen- und Armaturenfabriken im Besitze von Aktiengesellschaften, 10. vollständig umgearbeitete Auflage, Ausgabe 1913/14. (Verlag für Börsen- und Finanzliteratur A.-G., Berlin W. 35.) Preis gebunden 8 M. Dieses zur Orientierung aufs Beste geeignete Werk ist in 10. Auflage erschienen. In eingehender und sorgfältiger Weise werden hier Gründungsgeschichte, Zweck, Kapital, Personalien, letzte Bilanz, kurz alles Wissenswerte einer jeden Aktiengesellschaft zusammengestellt. Es werden insgesamt 1017 Aktiengesellschaften behandelt, und zwar verteilt sich diese mit 147 auf Erzbergwerke und Hülfenbetriebe, mit 116 auf Kohlenbergbau und Kokswerke, mit 46 auf Salz- und Kaliwerke, mit 4 auf Salpeterwerke, mit 21 auf Petroleumindustrie, mit 428 auf Maschinen- u. Armaturenfabriken, Eisengießereien usw., mit 23 auf Schiffbauanstalten, 23 auf Uhrenfabriken, photographische Apparate usw., und mit 18 auf Fabriken für Musikwerke und Instrumente. Das Werk kann daher als vorzügliches Orientierungswerk nicht nur für Kapitalisten, sondern in der Hauptsache für Industrielle empfohlen werden.

#### Letzte Handelsnachrichten.

##### Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 27. März. Die Börse verlief ziemlich fest. Bad. Anilin- u. Sodafabrik mehrfach gefragt zu 666 Prozent (plus 1 Prozent). Auch Frankona höher gesucht. Kurs: 910 G. (plus 40 Mark). Bad. Assekuranz stellten sich 2010 G., 2050 B., ferner Waggonfabrik Fuchs-Aktien 137 G., 138 B. und Rhein. Schuchert-Aktien 138 G.

##### Berliner Produktenbörse.

Berlin, 27. März. Die Tendenz für Brotgetreide erfuhr eine Befestigung, da sich in Weizen das Exportgeschäft besser anliert und für Roggen sich bei recht geringem Inlandsangebot Deckungsbegehre bemerkbar machte. Auch höhere Badepeter Notierungen stimulierten. Hafer bei stillerem Verkehr behauptet. Mais und Rüböl waren träge. Das Geschäft war sehr eng begrenzt. Wetter: bewölkt.

W. Köln, 27. März. In der heutigen Hauptversammlung des Rheineisenverbandes wurde über die Marktlage berichtet. Das Inlandsgeschäft in Gießerei-Rohreisen liegt normal. Der größere Teil der Gießereien hat den Bedarf für das erste Semester 1914 gedeckt. Nur ein kleiner Teil der Abnehmer hält mit der Deckung bisher zurück und kauft von Monat zu Monat. In den nördlichen Absatzgebieten zeigten sich bei den Gießereien vielfach Kauflust bis zum Jahresende. Die Marinwerke haben den Bedarf für das erste Semester durchweg gedeckt. Während sich bei den meisten Abnehmern der Absatz auf der Höhe des Vorjahres hält, bleibt er bei den Einzelnen hinter den vorjährigen Mengen zurück. Die Nachfrage vom Auslande ist ziemlich rege, obwohl die im Vormonat beachtete Beschäftigung der Auslandsmärkte keine weiteren Fortschritte gemacht hat. Der Abbruch hat eine entschiedene steigende Richtung eingeschlagen. Der Versand der im Monat Februar mit 75,33% der Beteiligung den Jamarverband um 4% überschritten hat, dürfte im Monat März eine weitere Steigerung erfahren.

r. Köln, 27. März. (Priv.-Tel.) In der heutigen Generalversammlung der A.-G. für chemische Industrie in Gelsenkirchen-Schalke wurde die Dividende auf 10% (wie i. V.) festgesetzt und beschlossen, das Aktienkapital um 1 Million M auf 3% Millionen M zu erhöhen. Die neuen Aktien sind ab 1. Januar 1914 dividendenberechtigt und werden den alten Aktionären zum Kurse von 127 Prozent zuzüglich Stempelkosten derartig angeboten, daß auf 5 alte Aktien eine neue Aktie bezogen werden kann.

r. Duisburg, 27. März. (Priv.-Tel.) Der Aufsichtsrat der Schiffsahrtsgesellschaft Lehnkeering u. Co. A.-G. in Duisburg beschloß der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von wieder 6% bei reichlichen Abschreibungen vorzuschlagen.

r. Essen, 27. März. (Priv.-Tel.) In der heutigen Generalversammlung der Mathildenhütte A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb zu Bad Harzburg wurde die Dividende auf 12% (wie i. V.) festgesetzt. Über die Geschäftslage erklärte die Verwaltung, daß die gute Beschäftigung noch anhalte. Man habe in den letzten Jahren umfangreiche Neuanlagen und Betriebsverbesserungen vorgenommen, wodurch die Selbstkosten erheblich ermäßigt wurden. Man könne daher wieder auf ein befriedigendes Ergebnis rechnen.

Hamburg, 27. März. In der heutigen Generalversammlung der Hamburg-Amerika-Linie hielt der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Max Schinckel, eine Ansprache, in der er ausführte: Die Hochkonjunktur hat auch bei den Linien-Reedereien den Höhepunkt seit einigen Monaten überschritten und eine langsam absteigende Richtung eingeschlagen. Zwar gilt das nicht für alle Verkehrsgebiete, aber doch für die meisten. Eine zeitweilige Verminderung des Weltverkehrs habe die Gesellschaft vorausgesehen und sie habe entsprechende Vorkehrungen für die Zukunft getroffen. In Fachkreisen werde überwiegend die Ansicht vertreten, daß in der zweiten Jahreshälfte eine Steigerung des Verkehrs eintreten werde. Die Verhandlungen über die Erneuerung des Kartells seien noch nicht beendet. Man beschäftige sich mit der Fertigstellung der rechnerischen Grundlage, die durch den beabsichtigten Beitritt der kanadischen Linien eine völlige Verschiebung erfahre. Im Interesse der Gesellschaft könnten hierüber aber keine weiteren Mitteilungen gemacht werden und ebenso auch nicht über die gleichfalls noch in Vorbereitung befindliche Betriebsgemeinschaft mit dem Norddeutschen Lloyd, da es sich nicht um die Regelung der nordatlantischen Verkehrslinien, sondern auch um eine Neuordnung der Beziehungen auf allen denjenigen Verkehrsgebieten handelt, auf welchen die beiden Gesellschaften sich betätigen. In der Diskussion stellte unter anderem Dr. Dietrich Hahn verschiedene Anträge über die Subvention usw. Generaldirektor Ballin bekannte sich erneut als Gegner jeder Subvention und erklärte ferner, daß der Imperatortyp vollkommenen Wünschen des reisenden Publikums entspreche. Auch die Zwischendeckereise zögen den Imperator vor. Dieser habe einen neuen Geschwindigkeitrekord zwischen den Scilly-Inseln und Amerika erzielt. Auf eine Anfrage bezüglich des Dienstes der Kanadisch-Pazifik-Bahn von Triest erklärte er, dieser sei derartig eingerichtet, daß den deutschen Linien kein fühlbarer Abbruch getan werde. Aus dem Aufsichtsrat scheidet der Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst aus, der einen Schlaganfall erlitten hat. Zum Vorsitzenden wurde Schinckel wiedergewählt.

□ Berlin, 27. März. In Sachen des insolventen Terrahändlers Leopold Cohn in Berlin stehen demnächst drei Berliner und ein Charlottenburger Grundstück zur Versteigerung. Die drei Berliner Grundstücke sind an erster Stelle von der Rheinischen Hypothekbank mit je 145 000 Mark beliehen, an zweiter Stelle steht mit je 20 000 M. Kommerzienrat Jul. Goldschmidt. Das Grundstück in Charlottenburg ist an erster Stelle von der Mecklenburger Landesversicherungs-Bank in Schwerin mit 200 000 Mark beliehen.

□ Berlin, 27. März. Der Zwischenausweis der Reichsbank vom 25. ds. weist die Anlagen um 47 Mill. M., die Barmittel um 13 Mill. Mark und die fremden Gelder um 95 Mill. M. höher aus. Am 25. März ergab sich bei der Reichsbank eine Notenüberdeckung von 1 Mill. M. gegen die ungedeckten Noten in Höhe von 442 Mill. M. im Vorjahre, so daß die Reichsbank um 443 Mill. M. besser dasteht, als zu der gleichen Zeit des Vorjahres.

#### Schiffahrts-Nachrichten vom Mannheimer Hafenverkehr.

##### Hafenbezirk 1.

Angekommen am 24. März.  
„Badenia 22“, Hiestand, v. Rotterdam, 12 630 dz Getr. und Stückg.  
„Fendel 67“, Fackinger, v. Amsterdam, 8000 dz Getreide.  
„Rhenus 8“, de Bont, v. Rotterdam, 700 dz Stgtr.  
„V. F. Reed. 25“, Donner, v. Alsum, 15 120 dz Kohlen.  
„Jak. Kath.“, Schneider, v. Rotterdam, 13 600 dz Getreide.  
„Einigkeit“, Graf, v. Ruhrort, 2900 dz Stgtr.  
„Rheinstrom“, Fendel, v. Rotterdam, 11 500 dz Getreide.

Angekommen am 25. März 1914.

„Ella“, Cornet v. Antwerpen, 3000 Dz. Getr.  
„Stenz 4“, Beckhaus v. R'dam, 12 740 Dz. Getr. und Stückgut.  
„Rhenus 23“, Zeemann v. A'dam, 2600 Dz. Stgk.  
„Rhenus 25“, Hegmanns v. R'dam 2600 Dz. Stgk.  
„Mannheim 9“, Roth v. R'dam, 7200 Dz. Getr. und Stückgut.

##### Hafenbezirk 2.

Angekommen am 24. März.  
„D. A. P. G. 3“, Kirrdorf, v. Rotterdam, 9671 dz Petroleum.  
„Vereinigung 24“, Specht, v. Rotterdam, 14 000 dz Stückgut.  
„Vereinigung 31“, Laubach, v. Antwerpen, 12 340 Doppelzentner Stgtr. und Getreide.

##### Hafenbezirk 3.

Angekommen am 24. März.  
„Lotharinger“, Kühnle, v. Duisburg, 4500 dz Stgtr. und Eisenwaren.  
„Deutschland“, Kappes, v. Rotterdam, 4370 dz Getreide und Erbsen.  
„Jos. Schürmann 6“, Sander, v. Alsum, 17 675 dz Kohlen.  
„Badenia 6“, Meng, v. Duisburg, 3500 dz Stückg.  
„Deutsche Treue“, Terschüren, v. Rotterdam, 9820 Doppelzentner Stgtr. und Getreide.  
„Worms 1“, Gilsdorf, v. Worms, 250 dz Stgtr.  
„Henriette“, Schimmel, v. Antwerpen, 8700 dz Stgtr. und Getreide.  
„Concordia“, Wenner, v. Amsterdam, 6120 dz Stgtr. und Holz.

Angekommen am 25. März 1914.

„Badenia 7“, Rempf v. Duisb., 2500 Dz. Stgk.  
„St. Maria“, Runkel v. Duisb., 3150 Dz. Stgk. und Mehl.  
„Prinz Ludw. v. Bayern“, Schneider v. Ruhrort, 14 370 Dz. Kohlen.  
„Einigkeit“, Fellmann v. A'dam, 3189 Dz. Mehl und Holz.  
„Belzig“, Hütsamm v. A'dam, 4240 Dz. Stgk.  
„Burg Klopp“, Rau v. Düsseldorf, 5500 Dz. Stückgut und Mehl.

##### Hafenbezirk 4.

Angekommen am 25. März 1914.  
„Teutonia“, v. d. Steenoven v. R'dam, 4500 Dz. Stückgut.  
„Energie“, Sonz v. R'dam, 6000 Dz. Getr.

##### Hafenbezirk 6.

Angekommen am 26. März 1914.  
„Anna“, Heimann v. Heilbr., 2897 Dz. Steinsalz.  
„Gottvertrauen“, Lang v. Heilbr., 1673 Dz. Steins.  
„L. Brüggemann“, Schwager v. Heilbr., 1540 Dz. Steinsalz.  
„Christina“, Egner v. Jagstfeld, 1995 Dz. Steins.  
„Cl. v. Gemmingen“, Kubel v. Jagstfeld, 1442 Dz. Steinsalz.  
„Madonna“, Seuffelder v. Jagstfeld, 1550 Dz. Steinsalz.  
„Lina“, Olbert v. Jagstfeld, 1370 Dz. Steinsalz.  
„Karolina“, Schmitt v. Jagstfeld, 1797 Dz. Steins.  
„Julius u. Marie“, Münch v. Jagstfeld, 2624 Dz. Steinsalz.  
„Pina“, Biesgen v. Ruhrort, 6175 Dz. Kohlen.  
„Helena“, Schopp v. Speyer, 1100 Dz. Backsteine.  
„Rheingold“, Handermann v. Speyer, 600 Dz. Backsteine.  
„Georg“, Knöffler v. Altrip, 600 Dz. Backsteine.

##### Hafenbezirk Rheinu.

Angekommen am 25. März.  
„Clara Maria“, Neff, v. Ruhrort, 7100 dz Steinkohlen.  
„Raab K. 9“, Gröhl, v. Wesseling, 13 700 dz Braunkohlenbriketts.  
„Magdalena“, Kreber, v. Duisburg, 1000 dz Steinkohlen.  
„H. Stinnes 14“, Schmitt, v. Duisburg, 16 400 dz Steinkohlen.  
„H. Stinnes 22“, Kern, v. Duisburg, 16 700 dz Steinkohlen.  
„Otto Heinrich“, Worsch, v. Rotterdam, 7100 dz Steinkohlen.  
„Wallhalla“, Zimmermann, v. Alsum, 12 260 dz Steinkohlen.

#### Ueberseelsche Schiffs-Telegramme.

##### Oesterreichischer Lloyd, Triest.

Die nächsten Abfahrten von Post- und Passagierdampfern finden statt: nach Venedig: 28. März, 31. März Dpfr. Almisa. Nach Dalmatien: 28. März Eilinie Triest-Cattaro (A) Dpfr. Prinz Hohenlohe. 29. März Dalmatinisch-albanesische Eilinie Dpfr. Baron Bruck. 30. März Linie Triest-Spiza (A) Dpfr. Sarajewo. 31. März Eilinie Triest-Cattaro (A) Dpfr. Baron Gautsch. 1. April Dalmatinisch-albanesische Linie Dpfr. Albanen. Nach der Levante und dem Mittelmeer: 27. März Eilinie Triest-Alexandrien Dpfr. Helouan. 27. März Thessalische Linie (A) Dpfr. Melpomene. 29. März Griech.-orientalische Linie (A) Dpfr. Tirol. 29. März Linie Triest-Syrien (A) Dpfr. Baron Carl. 31. März Eilinie Triest-Konstantinopel Dpfr. Palacky. Nach Ostindien, China, Japan: 30. März Triest-Shanghai D. Bohemia. 2. April Triest-Kalkutta Dpfr. Perla. 5. April Triest-Bombay Dpfr. Gahlonz. 10. April Triest-Kobe Dpfr. E. F. Ferdinand. 15. April Triest-Bombay Dpfr. Cleopatra. 16. April Triest-Kalkutta Dpfr. Spuma.

(A berührt: Pola, Lussinpiccolo, Zara, Spalato, Gravosa, Casfinovo und Cattaro. B berührt: Pola, Lussinpiccolo, Zara, Spalato, Curzola, Gravosa und Cattaro.) Mitgeteilt von der Generalagentur Gundlach u. Härnklaue Nachfolger, Mannheim, Bahnhofplatz 7, Telefon 7215.

##### Norddeutscher Lloyd, Bremen.

Abgehenden der Dampfer: „Lützow“ am 24. März 1 Uhr Nm. in Southampton. „Prinz Eitel Friedrich“ am 25. März 9 Uhr Vm. in Nagasaki. „Room“ am 24. März 11 Uhr Nm. in Fremantle. „Schleswig“ am 24. März 2 Uhr Nm. in Korfu. „Onesenu“ am 24. März 2 Uhr Nm. in Genoa. „Rheinland“ am 24. März 1 Uhr Nm. in Port Said. „Bilow“ am 24. März 4 Uhr Nm. in Port Said. „Kronprinzessin Cecilie“ am 24. März 3 Uhr Vm. in Newyork. — Passiert die Dampfer: „Kaiser Wilhelm II“ am 25. März 3 Uhr Vm. Dover. „König Albert“ am 24. März 9 Uhr Vm. Gibraltar. Mitgeteilt von Baus u. Diesfeld, General-Agentur in Mannheim, Hansahaus, D 1, 7-3, Telefon Nr. 180.

#### Geschäftliches.

Wöchentliche Wollanleihe. Der bekannte Schott-Verlag, der Herausgeber der Wollständigen Wollanleihe „Edition Schott“ (jede Nummer 30 Pfennig), welche sich ihrer schönen Ausstattung und ihres klaren Brudes wegen in kurzer Zeit allgemeiner Beliebtheit erfreuen konnte, hat diese Ausgabe nunmehr auf über 6000 Stückhöhe aller und neuerer Wollfarber erhöht, um dem wachsenden Publikum eine noch größere Auswahl bieten zu können. Sämtliche Nummern dieser Ausgabe sind im Mannheimer Buchhaus, P 7, 14a (am Wasserwerk) vorrätig und verkaufen wir auf das heutige Infestat.

#### Verantwortlich:

Für Politik: Dr. Fritz Goldenbaum;  
für Kunst und Feuilleton: Dr. Victor Eckert;  
für Lokales, Provinziales und Gerichtszeitung:  
Richard Schönleider;  
für den Handelsteil: Dr. Adolf Agthe;  
für den Inseratenteil und Geschäftliches:  
Fritz Joos;  
Druck und Verlag der  
Dr. H. Haas'schen Buchdruckerei, G. m. b. H.  
Direktor: Ernst Müller.

## Elektrische Bügeleisen

auch für die Reise geeignet.

**Auf Wunsch 4 Wochen zur Probe.**

Normales 25 kg Bügeleisen, komplett mit 2 m Litze und Stecker Mk. 13,-

**Stromkosten f bei Krafttarif ca. 7 Pf. für 1 Stunde l bei Lichttarif ca. 14 Pf.**

### BROWN, BOVERI & CO. A.G.

Abt. Installationen vom Stütz- u. Gelelekt. m. b. H.  
O 4/8/9 Telefon 662, 980, 2032

**Hauptniederlage der Osramlampen**



Kurszettel des „Mannheimer General-Anzeiger, Badische Neueste Nachrichten“.

Inländische Effektenbörsen.

Mannheim, 27. März.

Obligations.

Table of domestic obligations with columns for issuer (e.g., Stadtanleihen, Pfandbriefe), amount, and price.

Aktien.

Table of domestic stocks with columns for company name (e.g., Bad. Anl.- u. Sofafabrik), amount, and price.

Frankfurt, 27. März.

Aufangskurse.

Table of opening prices for Frankfurt domestic securities.

Schlusskurse.

Table of closing prices for Frankfurt domestic securities.

Wechsel.

Table of exchange rates for various locations.

Stantspapiere u. Stadtanleihen.

Table of government bonds and city securities.

Bank- und Versicherungs-Aktien.

Table of bank and insurance stocks.

Aktien deutscher u. ausländ. Transportanstalten.

Table of transport company stocks.

Bergwerksaktien.

Table of mining stocks.

Frankfurt, 27. März.

Schlusskurse. (Fortsetzung.)

Aktien industrieller Unternehmung.

Table of closing prices for industrial stocks in Frankfurt.

Pfandbriefe. Prioritäts-Obligations.

Table of mortgage bonds and priority obligations.

Privatdiskont 3 1/2 %.

Text regarding private discount rates.

Berlin, 27. März.

Reichsbankdiskont 4 1/2 %.

Aufangskurse.

Table of opening prices for Berlin domestic securities.

Schlusskurse.

Table of closing prices for Berlin domestic securities.

Wechsel auf.

Table of exchange rates for Berlin.

Bank- und Versicherungs-Aktien.

Table of bank and insurance stocks in Berlin.

Aktien deutscher u. ausländ. Transportanstalten.

Table of transport company stocks in Berlin.

Bergwerksaktien.

Table of mining stocks in Berlin.

Privatdiskont 3 1/2 %.

Text regarding private discount rates in Berlin.

Ausländische Effektenbörsen.

Paris, 27. März.

Diskont der Bank von Frankreich 3 1/4 %.

Schlusskurse.

Table of closing prices for Paris foreign securities.

Wien, 27. März.

Diskont der österr.-ungar. Bank 4 %.

Aufangskurse. (15 Uhr vorm.)

Table of opening prices for Vienna foreign securities.

(1 Uhr 50 Min. nachm.)

Table of closing prices for Vienna foreign securities.

London, 27. März.

Diskont der Bank von England 3 1/2 %.

Aufangskurse.

Table of opening prices for London foreign securities.

Schlusskurse.

Table of closing prices for London foreign securities.

Produktenbörsen.

Mannheimer Getreidemarkt.

Mannheim, 27. März.

Table of grain market prices in Mannheim.

Berlin, 27. März.

Aufangskurse.

Table of opening prices for Berlin grain market.

Schlusskurse.

Table of closing prices for Berlin grain market.

Amsterdam, 27. März.

Aufangskurse.

Table of opening prices for Amsterdam grain market.

Schlusskurse.

Table of closing prices for Amsterdam grain market.

Budapest, 27. März.

Table of Budapest market prices.

Liverpool, 27. März.

Aufangskurse.

Table of opening prices for Liverpool market.

Paris, 27. März.

(Aufangskurse.)

Table of opening prices for Paris market.

London, 27. März. (1 Uhr nachm.)

Aufangskurse.

Table of opening prices for London market.

Zucker.

Table of sugar market prices.

Kaffee.

Table of coffee market prices.

Salpeter.

Wolle.

Table of wool market prices.

Häute.

Table of leather market prices.

Marx & Goldschmidt, Mannheim.

Wir sind als Selbstkontrolle unter Vorbehalt:

Table listing various commodities and their prices.

Viehmarkt.

Mannheim, den 26. März.

Table of livestock market prices in Mannheim.

Es wurde 23... für den St...

Table of commodity prices.

Luxuspferde — Stck. 900—990

Table of horse market prices.

Haus- u. Küchengeräte

Table of household and kitchen goods prices.



Ab. Deutscher Reichstag.

241. Sitzung, Donnerstag, den 26. März. Am Tische des Bundesrats: Dr. Lisco, Kraetzl. Präsident Dr. Koenigs eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr. Das Staatsgesetz wird in dritter Lesung angenommen.

Die Wahl des Abg. v. Bremerlow (Konf.) wird für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. Hoejch.

Der Abgeordnete Hoejch (Konf.) erhält im Wahlkreis Oberberg-Stadthal bei der Stichwahl 18283 Stimmen, sein Gegenkandidat Fuhrmann (Radl.) 10266. Die Wahlprüfungskommission stellt fest, daß ein konserverbatter Wahlaufruf von zahlreichen Amtsvorkehrern und Gemeindevorkehrern mit ihrem Amtsmittel unterschrieben worden ist. Die Kommission beschloß, alle konserverbatter Stimmen in den Besten dieser Antisepersonen für ungültig zu erklären. Es handelt sich insgesamt um 220 Stimmen. Werden sie dem Gewählten abgezogen, so verliert er die Mehrheit.

Die Kommission beantragt daher, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. Frommer (Konf.)

beantragt Gültigkeit der Wahl. Man hat mir gesagt, Wahlprüfungen seien nur Nachfragen, und nur Idealisten bieten sie für Nachfragen. Ich bin noch so ein Idealist. (Beifall rechts.) Die Wahlprüfungskommission hat in diesem Falle ganz anders beschritten als in dem noch gar nicht lange zurückliegenden Fall Kroeber. Fraglich sind überhaupt nur 20 Stimmen. Selbst wenn man diese abzieht, bleibt für Hoejch noch immer eine Mehrheit von über tausend Stimmen.

Abg. Schmidt-Reihen (Soz.)

Ans ist es ganz gleichgültig, ob Hoejch oder Fuhrmann gewählt wurde. Die Parteien haben die Beeinflussung durch die Eisenbahndirektion Hannover. Wir sind für Ungültigkeit der Wahl. Die Parteien heute waren gezwungen, den konserverbatter Wahlaufruf zu unterschreiben, wenn sie sich nicht der Rache der Staatsbürger aussetzen wollten. Den Eisenbahnangehörigen wurde die Annahme von sozialdemokratischen Flugblättern und Stimmgeldern bei Strafe der Entlassung verboten. Das ist ein Eingriff in die Wahlfreiheit. Das ist Terrorismus schlimmster Art.

Abg. Stupp (Zentr.)

Es steht fest, daß viele Antisepersonen den Wahlaufruf mit ihrem Material unterschrieben haben. Die Stimmen der von ihnen beeinflussten Personen müssen für ungültig erklärt werden. Nicht Beeinflussung ist aber die Wahl, die den Wahlaufruf unterschrieben haben. Sie dürfen nicht auch gestrichelt werden. Deshalb muß in dieser Weise, so bleiben für Hoejch noch mehr als 1000 Stimmen Mehrheit. Wir sind daher für Gültigkeit der Wahl. Die Eisenbahndirektion Hannover hat keinen Angehörigen verboten, einen Sozialdemokraten zu wählen. Sie hat auch keinen anderen Kandidaten empfohlen. Sie hat sich jeder Einmischung enthalten.

Abg. Dr. Volker (Radl.)

Zur Feststellung der Bezirke der erwähnten Antisepersonen sind zwei Abschläger und das amtliche Gemeindefeld benutzt worden. Das Material ist durchaus zuverlässig. Ich kann nicht anerkennen, daß der Vorwurf der Parteilichkeit berechtigt sei, aber daß irgendetwas von den allen Praxis der Wahlprüfungskommission abgewiesen wurde. Mit vollem Recht hat die Kommission alle konserverbatter Stimmen dem Gewählten abgezogen, die in den Orden der unterzeichneten Amtsvorkehrers abgegeben wurden. Bei dem gleichen Stimmrecht können wir nicht anders verfahren. Aber auch die Stimmen der Unterschreiber des Wahlaufrufes müssen abgezogen werden, da ja die Unterschreibung auch schon möglicherweise unter dem Einfluß des Amtsvorkehrers erfolgt ist. Die frühere abweisende Auffassung der Wahlprüfungskommission ist daher aus guten Gründen aufgegeben worden. Gewiß ist die jetzige Praxis hart, aber sie ist allein gerecht.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.)

für uns ist nur die Rechtsfrage maßgebend. Aber manchmal spielt hier auch die Macht eine Rolle. (Abg. Kretz (Konf.): Das werden wir dann bald sehen!) Das haben wir schon gesehen bei der Wahl des Herrn Frommer selbst. (Hört! Hört!) Damals lag ein Verstoß der Wahlprüfungskommission vor, trotzdem wurde die Wahl für gültig erklärt. (Hört! Hört!) Auch bei der Wahl des Dr. Beder handelte es sich um eine Nachprüfung der Stimmen. Bei der Berechnung der Wahlstimmen werden im Zweifelsfalle die Stimmen immer dem Gewählten abgezogen. (Ruf rechts: Wo steht das?) Das ist ein selbstverständlicher Grundsatz. Der konserverbatter Wahlaufruf ist von vielen Tausenden unterschrieben worden. Man weiß ja, wie solche Unterschritten zustande kommen. Diese konserverbatter Wahlaufrufe haben oft mehr Unterschritten als überhaupt dann konserverbatter Stimmen abgegeben werden. So viele konserverbatter wie unterschrieben haben, gibt es dort ja gar nicht. (Hört! Hört! rechts.) Wenn die Bezirksabteilung nicht stimmte, dann hätte die Rechte heute längst aufgemutet. Wir sind für Ungültigkeit der Wahl.

Präsident Dr. Koenigs teilt mit, daß vom Abg. Graf Westarp (Konf.) namentliche Abstimmung beantragt ist.

Abg. Dr. v. Veit (Konf.):

Die vielen Männer, die den Wahlaufruf unterschrieben haben, wollten wohl noch so latein. Ihre Stimmen dürfen nicht für ungültig erklärt werden. Der Wahlaufruf ist unterschrieben von Kreisvorstehenden, dem Amtsvorsteher Heine-Osterburg-Kun hat auch der Bürgermeister von Oberberg unterschrieben. Nach der Ansicht der Kommission hat sich also der Amtsvorsteher durch die Unterschift des Bürgermeisters beeinflussen lassen. Wo kommen wir da hin? Die Wahl muß für gültig erklärt werden.

Abg. Dr. Krenzt (Sp.):

Im Blokreichstag waren die Herren von der Volkspartei über die Befugung der Titel zu den Unterschritten anderer Meinung als jetzt. (Hört! Hört! rechts.) Früher sprach ein Kollege davon, daß man den 10000 Kreisvorstehern nicht die Gelegenheit nehmen dürfe, auch subjektiv ihrer Auffassung über die Kandidaten Ausdruck zu geben. Er sagte, er habe die subjektive Meinung, wenn ich einmal der Bürgermeister einen Wahlaufruf unterschreibe, dann könne man es ihm nicht verbieten, wenn er auch sein Exekutivamt befüge. (Hört! Hört! rechts.) Das sagte im Jahre 1904 der fortgeschrittliche Führer v. Bager. (Große Heiterkeit rechts.) Damals handelte es sich freilich um die Wahl des Abgeordneten Blumenthal. Bager Herr Dr. Neumann-Hofer schon damals im Reichstag gewesen, so hätte er wohl ebenfalls gegen Herrn v. Bager gestimmt. (Heiterkeit rechts.) Die Mehrheit für Hoejch ist sehr groß.

Im Falle Kroeber entschied die Kommission so, im Falle Hoejch so. Das sind nicht allernährte Grundsätze der Wahlprüfungskommission, sondern funktionslos. (Sehr richtig! rechts.) Dal man wenigstens untersucht, welche Unterschritten schon geleistet waren, ehe der Amtsvorsteher unterschreibt? Diese können doch nicht beeinflusst sein. Wir wollen nichts verschleiern. Aber wie sind die Prüfungen der Wahlen Haupt und Köpfe hinausgeschleppt worden! Gerade Dr. Neumann-Hofer hat beantragt, die Wahl Haupt wieder an die Kommission zurückzugeben. (Hört! Hört! rechts.) Ich hoffe, Herr von Bager wird, wie vor zehn Jahren, auch heute wieder auf meiner Seite sein. (Große Heiterkeit.) Es ist eine Beleidigung der Wähler, wenn Sie behaupten, sie lassen sich durch eine Unterschift des Amtsvorsteheres zu einschüchtern. Wer für eine objektive Prüfung der Wahlen ist, der muß für einen unabhängigen Gerichtshof überweisen. Wer für das Recht ist, der muß die Wahl für gültig erklären. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.):

Ich muß es auf das allerentschiedenste zurückweisen, daß ich die Wahl Haupt verurteilt haben soll. Damals handelte es sich um drei Wahlen, Haupt und Köpfe zur Entscheidung. Bei allen drei Wahlen handelte es sich um dieselben Dinge. Mit einer Stimme Mehrheit wurde im Falle Beder der Beschluß der Kommission umgestoßen. Da war es eine Pflicht des Anstehenden, der Kommission nochmals Gelegenheit zu geben, Stellung zu nehmen. (Rufen rechts.)

Damit schließt die Aussprache.

Abg. v. Bager (Sp.) persönlich:

Dr. Krenzt glaubt mich mit mir selbst in Widerspruch setzen zu können. Das kann er nicht. Ich habe immer noch auf dem Standpunkt meiner damaligen Rede. Damals handelte es sich aber um den Unterschied in der Stellung eines Bürgermeisters rechtlich einerseits und nach der Volksschauung andererseits. Im übrigen richte ich mich nach der Praxis des Reichstags.

Der Antrag Westarp auf Gültigkeit der Wahl des Abg. Hoejch wird mit 178 gegen 140 Stimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt. Für Gültigkeit stimmen mit der Mehrheit und dem Zentrum die Abgg. Dr. Beder (Wid) und Straß (Radl.). Der Stimme enthielten sich u. a. die Abgg. Dr. Böiger (Radl.) und Zimmermann (Radl.). Damit ist die Wahl des Abg. Hoejch für ungültig erklärt.

Der Duellantrag.

Die Duellkommission legt einen Gesetzentwurf vor, der einen einzigen § 208a zum Strafrechtbuch enthält. Er lautet: Hat der Herausfordernde oder der Annehmende die Herausforderung oder hat in den Fällen der §§ 206 bis 208 der Täter den Duellkampf vermerzlich verschuldet, so tritt an Stelle der Festsetzung Gefängnisstrafe von gleicher Dauer. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Verluß der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Staatssekretär Dr. Lisco:

Der Reichskanzler bringt dem Gegenstand lebhaftes Interesse entgegen. Ich bitte, es als Ausdruck dieses Interesses aufzufassen, daß ich im Auftrag des Reichskanzlers hier erschienen bin, um ihn über die Wünsche und Auffassung des hohen Hauses unmittelbar zu unterrichten. Der vorliegende Gesetzentwurf bringt gegenüber dem geltenden Recht sehr wichtige Neuerungen von grundsätzlicher Bedeutung. Es ist richtig, daß sich ähnliche Vorschläge bereits im Vorstadium für das neue Strafrechtbuch befinden, und daß auch die damit beschäftigte Strafrechtskommission bei der Nachprüfung des Vorwurfs in

beiden Lesungen sich diese Vorschläge zu eigen gemacht hat. Bei der Bewertung des Vorschlags darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß dieser Gedanke im Rahmen eines neuen Strafrechtbuches Berücksichtigung finden soll und mit anderen Fragen in engen Zusammenhang steht.

Für die Stellungnahme zu dem jetzt vorliegenden Entwurf wird es nicht allein darauf ankommen, ob die vorgeschlagene Neuerung sachlich berechtigt ist und ob sie in dem vorgeschlagenen Paragraphen die richtige Fassung gefunden hat, sondern auch darauf, ob sie in das System des jetzt noch geltenden Strafrechtbuches eingefügt werden kann, und ob es angezeigt ist, diesen Punkt aus der allgemeinen Strafrechtsreform vorweg zu nehmen und einer gezielten Regelung auszuführen. In all diesen Fragen haben selbstverständlich die verschiedenen Regierungen bisher keine Stellung nehmen können. Mit Rücksicht darauf muß sich die Reichsregierung kurzzeitig noch Zurückhaltung auferlegen. Der Reichskanzler ist aber bereit, in dieser Angelegenheit nach dem Abschluß der heutigen Verhandlung mit den amtlichen Stellen in Verbindung zu treten. (Beifall.)

Abg. Stadthagen (Soz.):

Der Staat muß mit aller Schärfe erklären, daß das Duell kein privilegiertes Vorgehen ist, sondern eine dauernde Aufsehung gegen die öffentliche Ordnung. Wir empfehlen, den Antrag dahin zu erweitern, daß Beamten, die sich duellieren, die Fähigkeit abgesprochen wird, öffentliche Ämter zu bekleiden und daß Offiziere in diesem Falle aus dem Dienst gestrichen werden.

Abg. Gröber (Zentr.):

Der lange Kampf, den der Reichstag gegen den Duellkampf führt, hat den rechten Erfolg noch nicht gehabt. Eine Wandlung der Anschauungen hat sich allerdings seit Erlaß des Strafrechtbuches vollzogen. Damals wußte man noch nicht, ob man das Duell als eine Sünde oder Unsitte bezeichnen sollte, und man meinte, man solle es nach den Bedürfnissen des Lebens regeln. Das Duell nach den Bedürfnissen des Lebens (Heiterkeit) Heute ist über die grundsätzliche Stellungnahme des gesamten Hauses kein Zweifel mehr möglich. Wir nehmen heute dieselbe Stellung ein wie von Anfang an und fordern, daß der Duellkampf mit Gefängnis oder gar mit Zuchthaus bestraft wird. Wenn ein Hamburger Senator, der Träger der höchsten Staatsgewalt eines Bundesstaates, zum Duell tritt, so ist es hohe Zeit, daß auch der Bundesrat sich der Sache annimmt. Wir wollen den Gesetzentwurf nicht durch andere Anträge komplizieren. Aber wir bleiben dabei, daß der Duellkampf als Verbrechen angesehen ist. Recht muß recht bleiben.

Abg. von Brockhausen (Konf.):

Der junge Mann, der einmal den Schläger oder Wädel in die Hand nimmt, um seine Ehre zu verteidigen, macht sich nach unserer Auffassung nicht eines Verbrechens schuldig. Die Parteien haben redlich gearbeitet, um etwas Positives zu schaffen, um Ausschreitungen vorzubeugen und andererseits einer beliebigen Ehre zu genügen. Wir sind dafür, daß mit schweren Strafen Verleumdungen, Schmähreden und dergleichen entgegengetreten wird. Die Tragweite des vorgeschlagenen Gesetzentwurfes läßt sich nicht vollkommen übersehen. Wir haben trotzdem beschlossen, einstimmig für ihn einzutreten, was zwar aus der Erwägung, daß diese Materie einmal unbedingt in Fluß gebracht und geregelt werden muß. Die Regierungen sollen ihn als wichtiges Material eingehend und wohlwollend prüfen.

Abg. Dr. v. Galder (Radl.):

Die Bedeutung des Gesetzentwurfes liegt darin, daß es zum ersten Male gelungen ist, in der Frage einen einstimmigen Beschluß des Reichstags herbeizuführen. Auch die Regierung scheint eine sympathische Haltung einzunehmen. Ein Wandel in den Anschauungen hat sich tatsächlich vollzogen. Der Gesetzgeber hat seine Probleme zu lösen, sondern im Rechts veränderten Anschauungen Rechnung zu tragen. Wir haben heute eine andere Auffassung der Ehre als früher: Die Ehre, die uns gelehrt werden kann, die kann uns — gestohlen bleiben. (Heiterkeit.) Dieser Veränderung kommt der Gesetzentwurf nach. Hoffentlich verstehen sich auch die veränderten Regierungen dazu, ihre Stellungnahme danach einzurichten, so daß wirklich ein Gesetz zustande kommt.

Abg. Piesching (Sp.):

Die Duellfrage läßt sich nicht allein durch Strafgesetze lösen. Es gehört auch eine Veränderung der Anschauungen dazu. Dennoch erscheint es notwendig, daß freudvolle oder ehrlose Gesinnung, die ein Duell herbeiführt, mit Gefängnis bestraft wird. Die sozialdemokratischen Anträge gehen aber zu weit.

Abg. Mertin (Sp.):

Der Duellkampf ist unter gewissen Umständen notwendig. Eine Verschärfung der Strafen würde ihn nicht aus der Welt schaffen. Den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir von vornherein wegen seiner Unlöslichkeit ab. Der von der Kommission vorgeschlagene Gesetzentwurf ist annehmbar, aber er soll nicht von heute auf morgen Gesetz werden. Seine Gelamittendens erkennen wir gern an.

Der Gesetzentwurf wird in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen. Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt. Freitag 12 Uhr: Konduktionsausfall, Petitionen. Schluß 6 1/2 Uhr.

Advertisement for Siegerin and Palmato margarine. Includes images of product tins and chickens. Text: 'Auch farbt das Gese vom Ei, dass schon die Butter sei.' 'Das Huhn ist auch dabei, es liefert ja das Ei.' 'Siegerin: allerfeinste Süßrahm-Margarine im Geschmack und Aroma der Molkereibutter am nächsten. Palmato: Pflanzenbutter-Margarine von größter Butterähnlichkeit und feinstem Nußgeschmack. Überall erhältlich. Fabrikniederlage Mannheim, G 7, 37. Telefon 7079.'

Advertisement for 'Firmmit' washing powder. Text: 'Verblüffend wirkt Firmmit das moderne selbsttätige Waschmittel. Gar. unschädlich. Ueberall zu haben. P. H. Schrauth, Neuwied. Preis pro 1/2 Pfund-Paket nur 25 Pfg.'

Advertisement for 'Magazine' and 'Lagerraum'. Text: 'Magazine: Sinterben (Höf. Zentrum) 400m malles, event. mit Dampf, l. jeden Betrieb Lager od. Manas ganz od. get. zu verm. P 3, 18a 111. 2044. Großer Keller u. trockener Lagerraum im Sinterben, bequem Zufahrt und Eingang, ex. mit Büro, ist in der Nähe des Wasserwerks sofort sehr preiswert zu verm. Offerten unter Nr. 4488 an die Gr. A. 111.

Advertisement for 'Groß. helles Magazin'. Text: 'Groß. helles Magazin mit elektr. Warenanlag, Büro u. Caf. u. l. Centr. d. J. ab zu verm. Offerten Copenheimer, 27, 17. 4470. Großer Lagerraum u. um. Neb. Hauptstr. 18. 20099'

Advertisement for 'Automatische Käferfalle'. Text: 'Das schwierige Problem gelöst! „Automatische Käferfalle“ mit Zeitverschluss und geräuschlosem Gang. D. R. P. 11. 2. G. M. a. 35983. Kein blosses Verjagen und Wiederkehren der Käfer durch Menschen und Tiere vergiftende Streupulver mehr! 150 „rote“ wie „schwarze“ Käfer mit einem einzigen Pänge vertilgt! Zu haben in allen Haushaltungsgeschäften.'

Advertisement for 'Linden'. Text: 'werden blühen mit Dr. Baileys mobilisierender Gabe. Beker Schme von Rande. 4 Kart. 30 Pfg. Ludwig & Schmittheim, Dofrogerie O. 4, 3. Zitel. 201. 20487. Hllal: Friedrichsplatz 19. Zitel. 4008.'

Advertisement for 'Verkauf' of typewriters. Text: 'Verkauf Gebrauchte Schreibmaschinen vertrieb. Systeme billig abzugeben. Glogowith & Co. Mannheim, G 7, 5. Telefon 694. 001'

Advertisement for 'Piano'. Text: 'Billig zu verkaufen, besserer 90992. bess. Schreibtisch, 1 span. Wand, 1 Plügardeobe alles gut erhalten. Schwalbach, B 7, 4.'

Advertisement for 'Fenstertritt'. Text: 'mit Verbau, Gohbed mit Zink, beide fast neu, billig abzugeben. 01442. Hllal. 46, 1 Treppe 8.'

Advertisement for 'Ankauf'. Text: 'Ankauf Getr. Kleider. Schuhe, Möbel kauft Goldberg, T 2, 9. 20264'

Advertisement for 'Piano'. Text: 'gut erb. a. Hll. 250 und Hll. 400 zu verm. 01147. Schaf & Hans Wang u. Hllal. Jodrit C 4, 4. Zu verkaufen: 2 Ladenlokal u. Regale, 2 Wagen mit Gewichte, 1 Pflanzent. 01444. P. 2, 9.'

Advertisement for 'Ankauf'. Text: 'Ankauf alle Möbel. Hllal. 46, 1 Treppe 8. 20264'

Advertisement for 'Werkstätte'. Text: 'Werkstätte für Länd. 205. zu verm. Neb. Sinterben. 18 part. 20420'

Advertisement for 'Helle Werkstätte'. Text: 'Helle Werkstätte zu verm. Hllal. 46, 1 Treppe 8. 20264'







